

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Danzig, Ost- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk und Welt“ mit „Gieb- lung und Aieingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Gemüth“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2306-2307

Mittwoch, den 5. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postcheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Postamt-Gesellschaft, Dönhofsstr. 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Restameile 1,50 Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflöflich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Streifenbeilage das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,20.

Kuzeln für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die belgische Krise.

Brüssel, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Generatrat der sozialistischen Partei hat am Montag zur Regierungskrise eine Entschlieung angenommen, die betont, daß der König gegen die Verfassung verstoßen würde, wenn er nicht versuche, eine neue Regierung aus den Parteien der Mehrheit vom 27. Februar (Sozialisten und Vlamingen) zu bilden. Die Wiederherstellung der alten Koalition sei um so weniger zulässig, als diese nicht nur in der Frage des Handelsvertrages, sondern auch des Achtstunden- tags geschlagen worden sei. Als Bedingung für den Eintritt der Sozialisten in ein Koalitionskabinet werden genannt: Beendigung der bisherigen Okkupationspolitik, friedliche Lösung des Reparationsproblems und Bekämpfung der Teuerung.

Brüssel, 4. März. (E.P.) Im allgemeinen glaubt man in politischen Kreisen nicht, daß der König der Entschlieung des Generatrats der Arbeiterpartei Rechnung tragen wird. Voraus- sichtlich wird er noch heute eine liberale oder katholische Persönlich- keit mit der Regierungsbildung beauftragen. Er hat heute vormit- tag den Budgetministerstatler und belgischen Delegierten im Sachverständigenkomitee der Reparationskommission, Houart, er- sucht, die Regierungsbildung zu übernehmen. Houart hat aus persönlichen Gründen den Auftrag entschieden abgelehnt. In- besondere machte er geltend, daß die Beratungen der Sachverständigen ihm keine Zeit lassen, in die Regierung einzutreten.

Zur Kennzeichnung der belgischen Regierungskrise schreibt uns unser Brüsseler Berichterstatter:

Der Sinn der belgischen Regierungskrise liegt darin, daß sich ein Teil der katholischen Partei, also der größten Regierungspartei, gegen die reaktionäre innere und äußere Politik des Kabinetts Theunis-Vaspar auflehnt hat. Die flämisch-demokratische Gruppe, die sich um Bürgermeister Van Cauwelaert-Anthonissen (Spart) war sich ihrer Verantwortung voll bewußt, als sie, trotz unermüd- lichem Zureden der führenden Minister mit den Sozialisten gegen den französisch-belgischen Handelsvertrag stimmte und damit die Re- gierung zu Fall brachte. Diese entscheidende Abstimmung, die un- mittelbar auf die Zurückweisung des Antrages gegen den Acht- stundentag durch diese drei Parteienverbände folgte, zeigt, daß sich im belgischen Parteiensystem ein Wandel vollzieht. Das Drei- parteiensystem, auf dem sich das gegenwärtige Parlament aufbaut, ist veraltet. Die Trennung zwischen Demokraten und Antidemo- kraten ist vollzogen, die Mehrheit ist auf der demokratischen Seite.

Logischerweise müßte also die demokratische Mehrheit, die die Regierung Theunis gestürzt hat, deren Erbe antreten. Da sich die neue Mehrheit zu mehr als zwei Dritteln aus Sozialisten zusammensetzt, so müßte die neue Regierung einen überwiegend sozialistischen Charakter tragen. Statt dessen sehen wir, daß die

bürgerlichen Parteien die verzweifeltsten Anstrengungen machen, die alte anti-sozialistische Koalition schlecht oder recht wieder zusammenzufestern, nur um die Sozialisten wenigstens vor den Neuwahlen von der Macht fernzuhalten. Wie das gelingen soll, nachdem die Erklärungen Van Cauwelaerts in der Kammer ergeben haben, daß die Ruhrpolitik ebensowenig wie die innere und Finanzpolitik eine Mehrheit im Parlament hat, ist vorläufig noch ein Geheimnis.

Allerdings sind die Sozialisten jetzt durchaus nicht erpicht darauf, die Regierung zu übernehmen. Sie verlangen die Kammerauflösung, und wenn sie schließlich doch die Nachfolge Theunis' antreten sollten, so nur ausdrücklich zu dem Zweck, sofort nach der Erledigung der dringendsten Parlamentsgeschäfte Neu- wahlen auszuschreiben. Vor diesen Neuwahlen, die spätestens noch bis zum Mai 1925 verschoben werden könnten, haben die bürgerlichen Parteien augenblicklich eine heillosen Angst. An- gesichts des vollständigen Fiascos der bisherigen Regierungspolitik, die zum Frontensturz und zur täglich sich verschärfenden Teuerung geführt hat, wendet sich die öffentliche Meinung ganz offenkundig den Sozialisten zu. Von ihnen wird erwartet, daß sie

das Land aus dem Sumpfe heben, in den die bürgerliche französischenerische Politik es geführt

hat. Zu dieser Stimmung hat der Regierungsantritt der Ar- beiterpartei in England wesentlich beigetragen, denn selbst viele bürgerliche Kreise begreifen, daß sich Vanderveelde mit Macdonald leichter und besser im Sinne einer vernünftigen Lösung des europäischen Problems verständigen könnten, als etwa ein Theunis oder Vaspar.

Augenblicklich aber wäre die parlamentarische Welle einer sozialistisch-demokratischen Regierung, vorausgesetzt, daß sich die flämischen Demokraten entschließen, sich endgültig von der katho- lischen Partei zu trennen, noch zu eng und zu unklar. Die 68 Sozialisten hätten mit den etwa 20 flämischen Demokraten, den vier flämischen Frontparteiern und vielleicht noch zwei oder drei liberalen Demokraten gerade eine knappe Mehrheit in der Kammer. Im Senat wäre eine solche Regierung von vornherein in der Minderheit. Ein solches Kräfteverhältnis ist nicht gerade verlockend für eine überwiegend sozialistische Regierung.

Anders könnten sich die Verhältnisse nach baldigen Neuwahlen gestalten. An einen großen Umschwung der parlamentarischen Kräfte- verhältnisse ist bei dem belgischen Verhältnismehrheitssystem freilich nicht zu denken. Dagegen könnten in der inneren Zusammen- legung der katholischen Partei, und in geringerem Maße auch der liberalen Partei, wichtige Veränderungen wohl greifen. Selbst wenn die katholische Partei ihre jetzige Deputiertenzahl behauptet, so dürfte deren reaktionärer Flügel starke Einbußen zugunsten des demokratischen erleiden. Die Gruppe der 20 demokratischen Vlamingen kann leicht auf 30 oder mehr anwachsen. Dann wären die Elemente für eine hinreichende und stabile sozialistisch-demokratische Re- gierungsmehrheit gegeben.

Die rechte Sparsamkeit. Weniger Rüstungs-, mehr Schulausgaben in - England. London, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Das von der Arbeiterregierung vorzulegende Budget Englands wird nahe an 40 Millionen Pfund weniger Ausgaben enthalten als der vorjährige von der konservativen Regierung aufgestellte Haushaltsplan. Bemerkenswert ist, daß die Ausgaben für Armee und Marine 9 1/2 Millionen Pfund Sterling niedriger sind als im Jahre vorher. Das neue Budget wird die finanzielle Unterstützung Nordirlands (Ulsters), im vorigen Jahre 3.400.000 Pfund, ausgeben. Die Sparmaßnahmen erstrecken sich auf die Ausgabeposten fast sämtlicher Ministerien. Die Unterhaltsausgaben werden erhöht.

Siegeshoffnungen der schottischen Arbeiter.

London, 4. März. (E.P.) Die schottische Arbeiterpartei hielt gestern Abend in Edinburgh ihren Jahreskongress ab. Der Präsident William Shaw erklärte, daß die schottische Arbeiterpartei bei den letzten Wahlen mehr Stimmen bekommen habe, als die Kon- servativen und Liberalen zusammen. Bei den nächsten Wahlen werde die schottische Arbeiterpartei 64 Kandidaten aufstellen, und sie hoffe, dabei die Mehrheit der Abgeordneten in Schottland zu erhalten. Man dürfe aber erst nach einem Jahr damit rechnen, im Unterhaus eine sozialistische Mehrheit zu bekommen. Zu diesem Zweck müsse die Zahl der Wähler von gegenwärtig 4 Mil- lionen auf 9 Millionen erhöht werden. Der Kongress beschloß, ein Besuch um Aufnahme der schottischen kommunistischen Partei in den Vollzugsausschuß weiterzuleiten.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Unterausschuß des Dawes-Ausschusses hat sich am Dienstag erneut mit der Reorganisation der deutschen Eisenbahnen befaßt. Außer einer Revision der Tarife stand die Frage der Wiedereinlei- derung der von der französisch-belgischen Regie betriebenen Bahnen in die Zentralverwaltung des deutschen Gesamtnezes zur Diskussion. Der Dawes-Ausschuß hat eine Volkstung abgehalten, um den Bericht des Unterausschusses über die Sanierung des deutschen Budgets und das Projekt der Goldnotendank entgegen- zunehmen. Beide Unterausschüsse werden am Mittwoch mit der Abfassung ihrer Gutachten beginnen, die wahrscheinlich Anfang nächster Woche dem Ausschuß vorgelegt werden können.

Minderheitsrecht in Ostberchlesien. Am Sonntag drangen in eine deutsche Dillentrante vorstellung in Kolbin-Schoppin 30 bis 40 mit Knüppeln bewaffnete Banditen ein und trieben die Zuschauer auseinander. Unter den Zuschauern befanden sich viele Kinder, deren sich eine große Zahl bemächtigte. Einige Kniesende wurden verprügelt.

Macdonald und Versailles.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

O. P. London, 2. März. Die englische Arbeiterregierung hat nun die ersten Parla- mentstürme hinter sich. Es waren zwei Wochen heftiger und bestiger Debatten: Die angebliche Ueberschreitung des Armen- fürsorgegesetzes durch die sozialistischen Fürsorger von Poplar; die Erklärungen der Regierung, daß sie sowohl das Luft- stoffenbauprogramm der Regierung Baldwin ausführen, als den Bau von fünf Ersatzkreuzern durchzuführen wolle und schließlich die von Macdonald im Parlament öffentlich des- avorierte Erklärung Hendersons, daß das selbstverständliche Ziel der Regierung die Revision des Friedens von Ver- sailles sei.

Von all diesen Zwischenfällen, die der Arbeiterregierung das Leben keineswegs leicht machen, ist der letzte, die Stel- lungnahme Macdonalds zu Versailles, der charakteristischste. Macdonald stand während des Krieges an der Spitze der unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) und damit an der Spitze der Kriegsgegner, als „Verräter“ und Freund der Deutschen verurteilt und bestraft. Er ist nicht der Mann, der seine Grundzüge wechselt. Jedes Manifest, jeder Wahlauftrag der Labour Party enthält die Forderung nach der Revision der Friedensverträge; selbst rechtsstehende Führer der Arbeiterpartei, wie z. B. J. H. Thomas, haben in ihren Reden wiederholt die schärfsten Worte für dieses Ver- langen gefunden. Es kann kein Zweifel sein, daß die Re- gierung der Arbeiterpartei nach wie vor den Wunsch und die Absicht hat, diese Forderung in die Tat umzusetzen. Und dennoch wagt Macdonald der Erklärung aus?

Der unmittelbare taktische Grund für dieses Verhalten ist bald gefunden. Man weiß, wie schon die Tatsache der Existenz der englischen Arbeiterregierung den Umsturz in Frankreich gefördert hat. Man weiß aber auch, wie der französische Chauvinismus darauf bedacht ist, England und besonders die englische Arbeiterpartei als Frankreichs „Feind“ hinzustellen, dessen bedrohliches Eingreifen in die europäischen Verhältnisse Frankreichs Sicherheit und Macht- stellung gefährdet. Unter diesen Umständen stürzt tatsächlich jedes unvorsichtige Wort Macdonalds die Wahlausichten Poincarés. Deshalb hat sich der englische Premier bemüht, auch mit der öffentlichen Meinung Frankreichs in ein Verhältnis der Versöhnlichkeit und des Ver- trauens zu kommen, das es den gegenwärtigen Machhabern schwerer machen soll, ihn als Popanz zur Verbesserung ihrer erschütterten Stellung zu mißbrauchen. Darum hütet er sich, nachdem ihm dies gelungen ist, ein Wort von der Revision der Friedensverträge zu sagen, das in Frankreich als ein unfreundlicher Akt aufgefaßt würde. Freilich weist in der letzten Nummer des „New Leader“ Genosse Brailsford mit Recht darauf hin, daß nicht nur in Frankreich, auch in Deutschland Wahlen bevorstehen, und daß eine Entmutigung der demokratischen Elemente in Deutschland, die sich in einem Wahlsieg der deutschen Reaktion ausdrücken würde, Poincarés Stellung um nichts weniger befestigt als eine klare Erklärung der englischen Regierung. Ja, man könnte, in den Artikeln dieses Sozialisten zurückblättern, sich dessen er- innern, was er unmittelbar vor dem Antritt der Arbeiter- regierung ohne alle Illusionen als ihre Aufgabe bezeichnet hat: „Offene, demokratische Diplomatie und kein bloßes Regieren, wie es die Liberalen auch könnten.“

Hier aber stoßen wir auf das eigentliche Problem, das sich in dieser wie in mancher anderen Handlung der englischen Arbeiterregierung birgt und das wir zu verstehen versuchen müssen, wenn wir uns vor Enttäuschungen bewahren wollen. Wir haben bei einer früheren Gelegenheit das Ministerium Macdonald eine Regierung der praktischen Ar- beiter genannt. Wir haben als die besonderen Schwierigkeiten dieser Regierung erklärt, daß sie erstens eine Regierung der Arbeiterklasse ist, von größeren Hoffnungen und Erwartun- gen, aber auch von ungleich größeren Forderungen und Auf- gaben ihrer Klasse begleitet, und daß sie zweitens eine Min- derheitsregierung ist, die eben darum ihre großen Aufgaben mit einem bloßen Drittel der Stimmen im Parla- ment nur um so viel schwieriger erfüllen kann. Wir sehen heute die Arbeiterregierung der dritten selbstverständlichen Schwierigkeit gegenüber, die die allgemeine und grundlegende ist: der Schwierigkeit sozialistischen Regierens im kapitalisti- schen Staat.

Diese prinzipielle Schwierigkeit ist die tiefste Ursache, aus der alle Zwischenfälle der Parlamentsdebatten entstehen, und es ist kein Wunder, daß sie gleich in den ersten Wochen in allen möglichen Gestalten aufgetaucht ist. Darum muß Macdonald, der Kriegsgegner, erklären lassen, daß er in einer Welt, die von Waffen starrt, zwar zur allgemeinen Abrüstung bereit ist, aber, bevor er sie erlangen kann, die englische Luftflotte ausbauen muß. Darum kann Macdonald, der die Politik von Versailles mit Einsatz seiner ganzen Stellung bekämpft hat, nicht erklären, daß er ihre Revision verlange — weil er es nicht mit einem isolierten England, sondern mit einer ganzen kapitalistischen Welt zu tun hat, in der auch Poincaré ein Machtfaktor ist.

Indes müssen wir, um die Haltung der englischen Arbeiterregierung zu begreifen, nicht nur ihre prinzipiellen Schwierigkeiten verstehen, sondern uns auch die praktische Methode vergegenwärtigen, die sie in diesen Schwierigkeiten einschlägt. MacDonalds Methode weicht wohl von jener ab, die dem Genossen Brailsford und mit ihm einem großen Teil der Partei in jenen Tagen vorgeschwebt haben möchte, als der Bedanke einer Arbeiterregierung zuerst aufgetaucht war. Vorsichtig die Kontinuität während sorgsam darauf bedacht, die Deffektivität nicht zu beunruhigen, macht sie nicht sozialistische Demonstration, sondern unscheinbare praktische Politik.

Diese Methode, die vor allem trachtet, die rasch erworbene Beruhigung und Wohlmeinung auch der Fernstehenden und Gegner nicht zu gefährden, hat in der Innenpolitik unzweifelhaft Erfolge gebracht. Nach der Beilegung zweier Streiks, der Verbesserung des Mieterschutzes und der Arbeitslosenversicherung, der Verständigung über ein staatliches Wohnbauprogramm usw. wird der Arbeitsminister Genosse Tom Shaw, dem der Löwenanteil an dieser Leistung zufällt, demnächst vom Parlament eine umfassende Reform der Arbeitslosenfürsorge und die Ratifikation des internationalen Achtstundentagsübereinkommens verlangen. Auf dem Gebiet der Außenpolitik und den damit zusammenhängenden Fragen der Kolonial- und Wehrpolitik sind die Schwierigkeiten um so größer, als die Erwartungen um so höher sind. Hier ist es, wo die Augen der ganzen Welt sich auf die sozialistische Regierung Englands richten. Hier gälte es, was von Brailsford damals sprach: „Zeigen, daß etwas Neues in die Welt gekommen ist, der Welt den Glauben wieder geben, ihre Hoffnungen emporreißen und, wenn es sein muß — abtreten!“ Gerade hier aber hat die praktische Politik, die die Demonstrationen vermeidet, zwangsläufig bisher nichts gebracht als Zweifel: die englische Arbeiterregierung baut Schlachtschiffe, läßt die Rettung des konterrevolutionären Regimes in Ungarn durch eine internationale Anleihe zu, zögert in ihrer Haltung gegenüber der indischen Selbstverwaltung und verweigert ein Bekenntnis zur Revision von Versailles.

Freilich, MacDonalds Methode ist eine Politik auf lange Sicht. Und es läßt sich nicht im voraus behaupten, welche Methode die bessere ist. Vielleicht behält MacDonald mit seiner Methode Recht. Vielleicht gelingt es ihm, auf seinem Wege die Absichten, die er mit allen Sozialisten teilt, sicherer zu verwirklichen. Vielleicht wird er, der von der Revision von Versailles nicht reden wollte, es dadurch erreichen, sie durchzuführen.

## Der Berliner Parteistreit.

### Entscheidung durch den Parteivorstand.

Der Parteivorstand hat sich am Dienstag mit den Differenzen befaßt, die wegen der Aufstellung der Reichstagskandidaten in den Wahlkreisen Berlin und Teltow-Beeskow entstanden sind.

Der Parteivorstand ist von den beteiligten Organisationen auf Grund des Organisationsstatuts angerufen. Er ist der Auffassung, daß diese Streitigkeiten binnen kürzester Frist beigelegt werden müssen. Wenn mit den beteiligten Parteiorganisationen eine Einigung über die Kandidaturen nicht zu erzielen ist, wird der Parteivorstand seine Entscheidung treffen, um einen geschlossenen Wahlkampf für eine über allem Richtungsstreit stehende Liste zu sichern.

Genosse Kurt Heinig ersucht uns um Veröffentlichung dieser Erklärung:

Irgendein Forscher an der Wand hat dem Genossen Künstler aufgebunden, ich hätte durch einen Zusruf das Signal zum „Bruch“ gegeben. Genosse Künstler überschätzt meinen Einfluß und unterschätzt die realen Tatsachen. Die Erregung der Genossen war wirklich nicht befehle, sie erwuchs aus dem Unrecht, das am Sonntag am Geist der Einigung von Nürnberg abermals begangen wurde. Daß ich auch am Sonntag nicht auf einen Bruch hingearbeitet habe, der Zahlungen fähigen“ — die Preise herabgesetzt. Man erhält heute im Gebirge schon für 5 M. pro Tag volle ausreichende Pension mit Zimmer, Heizung und Licht, man kann freilich auch 12 und 15 M. zahlen. Uebernachtung („Zimmer ohne Pension“) wird nach dem Hotelstarif mit 1,25 M. bei 3 M. berechnet. Dazu kommen überall noch 6 bis 10 Proz. Bedienungsgehalt und die geringe Beherbergungssteuer. In den benachbarten städtischen Orten, die man heute wieder ohne Pöbelwierigkeiten besuchen kann, sollte noch billiger sein.

Wer also vom vorigen Jahre noch ein paar Ferienstage hat und dazu ein wenig Kammer, der wagt's ruhig. Er wird sich in den Sportorten des Gebirges, sei es Krummhübel, Schreiberhau oder das beschneite Heini, schnell wohl fühlen. Radstiefel freilich und Halbschuh muß er zu Haus lassen. Kniebekkerne gut gefettete Stiefel möglichst mit angenähter Schneefelle, kurze engschließende Weintücher — auch Damen! — dazu Gamaschen oder Stutzen, Lappe oder Wolljose mit Mütze, Ersatzstiefel und Strümpfe, gehören zur notwendigen Ausrüstung.

Wer dann noch ein klein wenig heiteres Gemüt mitbringt, wird bald empfinden, daß sich ein Wintertag ohne Staub und ohne Benzingeruch Brust und Nerven in gleicher Weise wohl tut wie ein Sommerferienaufenthalt.

Wenn aber wird die Zeit kommen, in der alle Mühseligen und Beladenen sich ab und zu solch ein Städtchen leisten können? F. R.

## Wird die KPD. vernünftig?

### Was sagt Sinowjew dazu?

Die wiedererschienene „Rote Fahne“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Dienstagmorgenausgabe einen Drahtbericht aus Jena über die dortigen Zusammenstöße zwischen „Jungsturm“ und „Kommunisten“. Dieser Bericht schließt mit drei Zeilen, die anscheinend der Redaktion im letzten Augenblick vor dem Druck bedenklich erschienen, denn sie gab nachträglich der Stereotypie Anweisung, sie herauszustechen und unleserlich zu machen. So geschah es, wenn auch in etwas mangelhafter Ausführung. Denn ein geübtes Seherauge vermag mit einiger Mühe jene drei Zeilen wieder lückenlos zu entziffern. Und diese Mühe ist nicht umsonst, denn sie gewährt Einblicke in die innersten Seelenkonflikte kommunistischer Redakteure, in den latenten Zwiespalt zwischen dem von Sinowjew anbefohlenen putschistischen Draufgängerum und dem Verantwortungsgesühl gegenüber den eigenen Anhängern. Und in diesem Falle hat offenkundig das Verantwortungsgesühl und die Vernunft gesiegt. Denn der für den gewöhnlichen Leser unkenntlich gemachte Schlusssatz lautet:

„So wie es in Jena gemacht wurde, muß es überall sein: Schlag auf Schlag! Keine Provokation der Faschisten darf latent-lingenommen werden!“

Also diese Mahnung zur Aktivität, die in den Augen der Linken um Ruth Fischer zweifellos als viel zu zahm und leistungsfähig gelten würde, ist der „R.“-Redaktion als viel zu bedenklich erschienen und insoweit entfernt worden. Wir begrüßen diesen Vorfall als ein Symptom der Rückkehr zur Vernunft und wollen hoffen, daß sich diese Erkenntnisse schließlich auch gegen Sinowjew durchsetzen werden.

## Abbau der Kultureinheit des Reiches?

Die Verordnungen auf Grund des zweiten Ermächtigungsgesetzes sind nicht nur an Zahl aufreißend groß, sondern sie erfassen auch Materien, an die beim Erlassen des Gesetzes kein Mensch gedacht hat. So werden so ganz beiläufig durch den § 42 der dritten Steuernverordnung die Aufgaben der Wohlfahrtsämter, des Schul- und Bildungswesens den Ländern zur selbstständigen Regelung und Erfüllung überlassen. Vor der Uebertragung an die Länder werden die reichsrechtlichen Vorschriften, die dieser Uebertragung entgegenstehen, aufgehoben. Im zuständigen 30. Ausschuss sowie im Plenum hat die sozialdemokratische Fraktion auf die Gefahren dieser Regelung hingewiesen. Der Reichsfinanzminister hat auf ihr Drängen hin in allgemeinen unverbindlichen Sätzen die Erklärung abgegeben, daß die Reichsregierung an eine Änderung von Bestimmungen der Reichsverfassung nicht herangehen würde. Doch diese Erklärung ist absolut unzulänglich. Es kommt nicht darauf an, ob diese Regierung in dieser oder in einer anderen Situation derartige Erklärungen abgibt. Wer will es hindern, wenn eine neue Regierung sich nicht an die Verpflichtungen ihrer Vorgängerin hält und auf Grund der ihr durch die dritte Steuernverordnung gegebenen Rechte sich jeder Reichsregierung auf Kulturfragen entzieht. Es ist daher trotz der einschneidenden Antwort des Ministers darauf zu dringen, daß Wohlfahrts-, Schul- und Bildungswesen überhaupt nicht durch die Steuernverordnung, sondern durch besondere Gesetze geregelt werden. Die Sozialdemokratie wird an dem in der Reichsverfassung verankerten Kultureinfluß des Reiches nicht rütteln lassen.

Auf Vorschlag des preußischen Innenministers beschloß das preußische Staatsministerium am Dienstag, den bisherigen hauptamtlichen Bevollmächtigten der preußischen Regierung zum Reichsrat Ministerialrat Dr. Meißner zum Staatssekretär im Ministerium des Innern zu ernennen.

## Die Steuernotverordnung rechtsgültig.

Die Steuernotverordnung der Reichsregierung ist in dem Urteile, der von der Aufwertung der Hypotheken handelt, von der Rechtsprechung bisher als ungültig angesehen worden. Welche Kreise seitens daraus die Hoffnung her, eine erhöhte Aufwertung ihrer Papiermarkforderungen erwarten zu können. Andererseits wurde auch damit die Frage aufgeworfen, inwieweit eine Abänderung der Notverordnung notwendig würde, um sie mit der Rechtsprechung in Uebereinstimmung zu bringen. Jetzt hat der fünfte Zivilsenat des Reichsgerichts in einem Urteil vom 1. März 1924 die auf die Hypothekenaufwertung bezüglichen Vorschriften des Artikels 1 der dritten Steuernotverordnung grundsätzlich als rechtsgültig anerkannt.

Durch dieses Urteil des Reichsgerichts erledigen sich die Einsprüche der Hypothekengläubiger gegen die Aufwertung, soweit sie sich auf das erste Urteil des Reichsgerichts beziehen. Unberührt bleibt natürlich von diesem Vorgang die Frage, ob man nicht die Geldentwertungsgewinne der Schwerebesitzer in erhöhtem Maße der Allgemeinheit nutzbar machen kann, wie es die Sozialdemokratie in ihren bekannten Forderungen zur Steuernotverordnung verlangt. Dazu wäre eine Abänderung der bisherigen Vorschriften notwendig, die dann ebenso Gesetzeskraft hätten wie die jetzt vom Reichsgericht anerkannte Verordnung.

## Schießen sie sich!

### Die Duellaffäre im Reichstag.

In der gestrigen Abendausgabe haben wir von einer Duellforderung Mitteilung gemacht, die die drei „völkischen“ Reichstagsabgeordneten v. Graefe, Hennig und Wulle dem volksparteilichen Abg. Dr. Cremer überbringen ließen, weil er sie in einem Zwischenruf als Hochverräter bezeichnet hatte. Wie wir hören, ist die Aufforderung zum Duell in der Wandelhalle des Reichstags durch den „völkischen“ Oberleutnant a. D. v. Uchmann als Kartillager der drei genannten Abgeordneten erfolgt. Cremer hat die Forderung abgelehnt, was für ihn nach bürgerlichen Ehrbegriffen kein Leichtes war, da er — Reserveoffizier ist. Er beabsichtigt nun zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung eine Erklärung über diesen Zwischenfall abzugeben, und außerdem will sich bei dieser Gelegenheit auch der volksparteiliche Abg. General a. D. v. Schoch mit den völkischen Herren auseinandersetzen.

Die heutige Reichstagsitzung, in der später Genosse Breitscheid und Herr Heißerich sprechen sollen, dürfte also gleich mit einem recht lebhaften Auftakt beginnen.

## Volkschullesebuch 1924.

### Gut königlich und monarchistisch.

Aus Hilsenbach, Kreis Siegen, wird uns zu der Kaffz „Volkschullesebuch 1923“ geschrieben:

In der hiesigen Seminarübungsschule, wie in den Volksschulen des Bezirks dürfen „aus Sparfamlerücksichten“ die alten Lesebücher aufgebraucht werden. Vor mir liegen die Ausgaben für Mittel- und Oberstufe: Lesebuch für Westfalen. Neubearbeitet und herausgegeben im Auftrage des königlichen Provinzialschulkollegiums zu Münster. Bielefeld und Leipzig 1919. (Veitlagen und Kaffz.)

Reben den in Nr. 100 angegebenen Beständen enthält das Inhaltsverzeichnis noch folgende:

### Oberstufe:

Unser Kaiserpaar in seinem Heim.

Des Kaisers Ansprache in der Größerkirche zu Jerusalem.

Ein das junge Geschlecht: „Da rettet der Kaiser! Seht, wie er lügt.“

### Mittelfstufe:

Kaiser Wilhelm II: 1. Auf dem Spielplatz. 3. Wie unser Kaiser den Thron bestieg. 4. Heil Dir im Siegerkranz. 5. Der Kaiser kommt.

6. Der Kaiser am Rhein. 7. Aus dem Leben der deutschen Kaiserin.

Das Lesebuch des zweiten Schuljahres enthält dazu noch die beiden Bilder des „Kaiserpaars“.

Was Borely dazu sagt? Wie kann man sich über solche Bagatelien aufregen im Zeichen des Abbaus der Republik!

## Krummhübel im Neuschnee.

So im Sommer viele Tausende Abschied nehmen von dem Wahrzeichen des Riesengebirges, der Schneekoppe, da lagert jetzt der Schnee einen halben oder einen ganzen Meter hoch, festgetreten und selbstgefahren. Und immer neue Flöden legen sich darauf, weich und mollig. Denn seit Tagen schneit es im Gebirge, nachdem vorher vier goldige sonnige Tage die Einwohner und die vielen Fremden beglückten. Sonne auf Neuschnee gibt einen besonderen Reiz. Wie unzählige Brillanten glitzern die winzigen Eiskristalle und strahlen dabei den wärmenden Schein auf den frohen Wanderer zurück. Scharf hebt sich der Ramm des Gebirges vom blauen Himmel ab. Gegen Abend wirft der schneebedeckte Koppentegel als röthliches Licht den letzten Glanz der untergehenden Sonne zurück.

Dann geht die mondlose Nacht über die endlosen Schneeflächen und oben am Ramm sieht man die Lichter der Heinrichs-Baude aufleuchten.

Kommt aber Frau Holle mit ihrem großen Sad und schüttelt, dann ist meist nichts mehr zu sehen von den Bergstuppen als Wolken, die über sie hinwegziehen. Dann ist's ungemächlich da oben, stürmisch und kalt. Und der unfundige Wanderer tut gut, sich an die festen Wege zu halten, die weit um die Driftschneen gut gemacht und so befestigt sind, daß man mit leichtem gutem Fußzeug sumbenlang bequem wandern kann. Freilich, die Sportleute mit den Holzern an den Füßen halten sich nicht gern an die Wege. Ihr Ideal ist die abschüssige Schneeweise oder die Achtung oder die einsame Waldschneise. Um so mehr trifft man Kobler — der Sport der Anfänger im Schnee.

Leuer ist freilich beides nicht. Für eine Mark den Tag bekommt man einen Koblerstiftchen oder ein Paar Schneeschuhe gefahren. Die Bergbauern haben sogar die Einrichtung getroffen, daß sie Kobler verleihen, die man unten im Tal wieder abgibt, die man also nicht bergauf zu ziehen braucht. Hui, laßt das in einer Wertelstunde von der Baude bis nach Krummhübel hinunter! Dabei ist der Sport keineswegs gefährlich. Der tiefe Schnee neben dem Wagen ist überall bereit, den ungeschickten Fahrer weich aufzunehmen. Ganz Haupte bringt gegen gutes Geld der Hörnerstiftchen zu Berg oder Tal.

Und gesund ist das! Der trübste Sinn und die schlafften Nerven werden unweigerlich aufgerichtet, denn sie müssen hier einfach mitmachen. Dabei ist's gar nicht kalt da in den Bergen, wie man fälschlich möchte. Die klare ruhige Luft macht nicht halb so viel frieren als ein trockener Nordost in den Berliner Straßen.

Somit gut. Aber das ist doch nur für die Reichen! Bewahre. Freilich, wer Krummhübel nach der Kahlbaum-Diele oder einem Weinstock beurteilt, trifft genau so gerecht als wenn ein Ausländer Berlin nach der Friedrichstraße abschätzt. An beiden Stellen wird man Geld los. Bist. Neben den erstklassigen Hotels gibt es aber einfache Gasthäuser und Pensionen, in denen der Sportler und die zahlreichen erholungsbedürftigen Großstädter angemessene Unterkunft finden.

Die große Saison ist vorbei; der Schnee bleibt aber noch den März hindurch und nun hat der Hotelier-Verein „dem Juge der Zeit folgend“ — so macht ers bekannt, soll helfen „dem Weggug

## Ein menschlicher Seismograph.

Ein interessantes Phänomen beschreibt Prof. H. H. Turner in der „Quarterly Review“. „Ich habe eine Engländerin von ganz besonderer Empfindlichkeit viele Jahre beobachtet“, berichtet er, „die umstände ist, daß jedes Erdbeben in allen Teilen der Welt anzugeben, bevor noch irgendwelche Nachrichten angekommen sind. Sie leidet unter einer merkwürdigen nervösen Erschütterung, wie wenn sie unter dem Einfluß von Elektrizität stände. Diese Erregung besitzt sie, so lange das Erdbeben dauert, und geht dann rasch darüber. Sie hat bereits viele Ärzte um Rat befragt, aber keiner war bisher in der Lage, sie von diesen schmerzhaften Erschütterungen beim Auftreten von Erdbeben zu befreien. Dieser „menschliche Seismograph“ hatte besonders schwere Erscheinungen am 9. September des vergangenen Jahres, und tatsächlich kamen am 11. September Nachrichten von einem schweren Erdbeben, das sich zwei Tage vorher in Indien ereignet hatte. Diese Erscheinung ist völlig einwandfrei beobachtet“, sagt der Gelehrte, „und bietet einen Einblick in ein Gebiet, das bisher noch kaum je erforscht worden ist. Man kann daraus vielleicht unerwartet wichtige Aufschlüsse sowohl auf dem Gebiet der Seismologie wie der Physiologie erlangen.“

Das diese Erscheinung keineswegs vereinzelt dasteht, beweist ein Zergang aus Goethes frühesten Weimarer Zeit. Ein Kammerdiener des Dichters erzählte davon Eckermann folgendes:

„Einst klangste er mitten in der Nacht, und als ich zu ihm in die Kammer trat, hat er kein eisernes Röllchen vom untersten Ende der Kammer herauf bis ans Fenster gerollt und liegt und beobachtet den Himmel. „Hast du nichts am Himmel gesehen?“ fragte er mich, und als ich dies verneinte: „So laufe einmal nach der Wache und

frage den Posten, ob der nichts gesehen.“ Ich lief hin, der Posten hatte aber nichts gesehen; welches ich meinem Herrn meldete, der noch ebenso lag und den Himmel unermüdet beobachtete. „Hör“, sagte er dann zu mir, „wir sind in einem bedeutenden Moment; entweder wir haben in diesem Augenblick ein Erdbeben, oder wir bekommen eins.“ Und nun mußte ich mich zu ihm aufs Bett setzen, und er deutete mir, aus welchen Merkmalen er das abnehme.“

Ich fragte den guten Mann, was es für Weiter gewesen.

„Es war sehr wichtig“, sagte er, „und dabei regte sich kein Lüftchen, es war sehr still und schwül.“

Ich fragte ihn, ob er denn Goethen jenen Ausspruch sogleich aufs Wort geglaubt habe.

„Ja“, sagte er, „ich glaubte ihm aufs Wort; denn was er vorher sagte, war immer richtig. Am nächsten Tage“, fuhr er fort, „erzählte mein Herr keine Beobachtung bei Hofe, wobei eine Dame ihrer Nachbarin ins Ohr flüsterte: „Hör! Goethe schwärmt!“ Der Herr aber und die übrigen Männer glaubten an Goethe, und es wies sich auch bald aus, daß er recht gesehen; denn nach einigen Wochen kam die Nachricht, daß in derselben Nacht ein Teil von Messina durch ein Erdbeben zerstört worden.“

Das zweite Winterkonzert des Männergesangsvereins „Liederfeste Berlin-West“ fand im Festsaal des Neuen Rathauses zu Schöneberg statt. Der Chormeister Fritz Stempel hält gute Aucht und bemüht sich, den Ausgleich in den Stimmregistern unauffällig zu gestalten. Der Chor geht mit viel Bemühen und bestem Willen den Leistungen seines Leiters nach. Den Leuten möchte man etwas mehr Glanz wünschen. Auch dürfte die Reinheit der Intonation in allen Stimmen zuweilen sorgfältiger beobachtet werden. Als Solistin war Margarete Walfotte mit Regitationen und Liedern zur Baute eine angenehme Abwechslung zwischen den Darbietungen des Chors. Regitationisch bleibt bei ihr manches beim guten Willen, wie's gelohnt ist sinnfällig. Als Sängerin zur Baute fehlt ihr die stimmliche Beweglichkeit, das Vortragsmäßige bleibt im Vordergrund und wird zuweilen zu bewußt betont. Den reichen Beifall verdiente sie sich ebenso unmittelbar wie Chormeister Stempel mit seiner Sängerschaft.

Heimatpflege in der Schule. Ein neuer Erlass des preussischen Kultusministers betont die besonders wichtige Förderung der Heimatpflege durch die Heimattunde. Bei der Unmöglichkeit aber, in der künftigen Finanzlage des Staates besondere Mittel dafür auszuwenden, müsse versucht werden, die Aufgaben von unten auf und in der einfachsten Weise anzufassen und sich entwickeln zu lassen. Die Pflege der Heimattunde soll eine besondere Aufgabe aller Lehrer sein. Und so bezeichnet der Erlass des näheren als zweckmäßigsten Weg zur Förderung dieser Bestrebungen den über die bereits bestehenden Arbeitsgemeinschaften für Junglehrer.

Der Bund deutscher Gebrauchsgeschichte hat in München gelangt, wobei die Bundesleitung aus Berlin verlegt wurde. Dem entsprechenden wurde der Münchener Professor F. D. Chmura einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Eine Darstellung des Ludendorff-Hiller-Prozesses erscheint gleich nach dem Ende des Prozesses in der vom Verlag für Sozialwissenschaften herausgegebenen Sammlung politischer Prozesse.

# Die Zeugen im Hitler-Prozess.

## Hitler droht mit neuen Putsch. — Ehrhardts und Roßbachs Freunde.

München, 4. März.

In der nichtöffentlichen Vormittagssitzung wurden nur der Kommandeur der Infanterieschule, General v. Tschadowitz, sowie Oberst Leopold vernommen, deren Befehle für die Staatsanwaltschaft wie für die Verteidigung und die Anklagen so verschieden waren, daß von beiden Seiten auf die Vernehmung der Unteroffiziere der Infanterieschule verzichtet wurde. Die Sitzung wurde nach Abschluß der Aussage des Oberst Leopold um 12 Uhr unterbrochen und am Nachmittag gegen 3 Uhr bei wiederhergestellter Öffentlichkeit wieder aufgenommen. Zu der Nachmittagsitzung waren zahlreiche Beamte der Münchener Polizeidirektion, insbesondere der Politischen Abteilung, sowie die Schutzmannschaft geladen, die über die dem Oberamtmann Fricke zur Last gelegten Straftaten vernommen werden sollen.

Justizrat Fromm verlas zunächst eine Darstellung der „Großdeutschen Zeitung“, in der die Ausführungen des Angeklagten Röhm von Oberleutnant Werden stark angezweifelt werden. Der Verteidiger erklärte, daß, wenn Oberleutnant Werden diese Äußerung nicht zurücknehme, Röhm ihn in geeigneter Weise zur Rechenschaft ziehen werde.

Wort: Der Kommandeur des Infanterieregiments 19 erklärt schriftlich, daß Leutnant Cabella nicht von der Hand des Leutnants Braun gefallen ist, daß Leutnant Braun überhaupt keinen Schuß abgefeuert und sich auch nicht abfällig geäußert habe.

Dann wurde zur Vernehmung des Vertreters des Münchener Polizeipräsidenten, des Personalreferenten in der Polizeidirektion, Oberregierungsrat Tenner, geschritten. Er befuhrte, er habe niemals den Eindruck gehabt, daß Fricke sich einer Bewegung anschließen werde, die auf den gewaltsamen Sturz der Verfassung hinarbeitet. Er habe auch keine Anhaltspunkte dafür, daß Fricke Kenntnis davon habe, daß für den 8. November abends ein Putsch beabsichtigt sei.

Wiederung habe ihm, dem Zeugen, im Oktober vorigen Jahres der Polizeipräsident mitgeteilt, daß er von der politischen Abteilung einen Bericht erhalten habe, wonach eine Sitzung stattgefunden hätte, in der über die Frage der Neubefehlung der verschiedenen Posten im Falle eines Umsturzes gesprochen worden sei.

Für den Posten des Polizeipräsidenten sei Oberamtmann Dr. Fricke in Aussicht genommen, der sich auch bereit erklärt hätte, die Stellung anzunehmen. Diese Mitteilungen seien jedoch ungenau gewesen, daß der Polizeipräsident zunächst nichts unternommen habe, weil er sich erst näherer Auskunft über die Sitzung verschaffen und dann Fricke zur Rede stellen wollte. Anscheinend habe er dann aber keine näheren Unterlagen mehr erhalten. Ueber die Verammlung am 8. November im Bürgerbräukeller hat der Zeuge mit Fricke nur flüchtig gesprochen, wobei der Angeklagte erklärte, er wisse noch nicht, ob er an der Verammlung teilnehmen werde. Oberregierungsrat Tenner ist dann erst am späten Abend des 8. November von einem Sekretär der Polizeidirektion telefonisch über die Vorgänge im Bürgerbräukeller unterrichtet worden. Als er sich daraufhin sofort zur Polizeidirektion begab, traf er unterwegs Böhner und Fricke, die zu einer Besprechung zu Rohrer gingen. Am nächsten Morgen erfuhr dann der Zeuge, daß Böhner und Fricke auf Anordnung des Generalstaatskommissars verhaftet worden seien. Wort: War Fricke in der Polizeidirektion am Abend anwesend war, verpflichtet gewesen. Sie zu verurteilen? Zeuge: Kommt. Wort: Sie haben also keinerlei Anhaltspunkte, daß Fricke Kenntnis von dem Unternehmen hatte? Zeuge: Nein. R. A. Röder: Wäre denn in den Ereignissen am Abend des 8. November irgendeine Veränderung eingetreten, wenn Fricke Sie benachrichtigt hätte, Zeuge: Nein.

Hierauf wurde der Chef der Politischen Polizei Münchens, Reg.-Rat Bernreuther, vernommen. Wort: Ist Ihnen bekannt, daß Fricke in einer Verammlung des Kampfbundes zum Polizeipräsidenten für den Fall eines Umsturzes vorgeschlagen worden war? Zeuge: Das ist uns gemeldet worden. Bei einer Berechnung in der Schellingstraße ist Fricke zu diesem Posten ausersehen worden. Ich habe die Meldung dem Polizeipräsidenten weitergegeben, der auch eine Unterlegung einleitete, die aber meines Wissens nicht abgeschlossen worden ist. Wort: Hat Fricke noch Bekanntschaft des Ereignisses im Bürgerbräukeller sich pflichtwidrig bemerkt? Zeuge: Aus eigener Anschauung weiß ich das nicht, da ich ja damals selbst verhaftet war. Nach meiner Auffassung hätte Fricke alles in Bewegung setzen müssen, um die Sache im Keim zu ersticken. Er mußte die grüne Polizei und vor allem die Reichswehr benachrichtigen. R. A. Luetzebrunne: Wann und wo fand Sie benachrichtigt worden, daß im Bürgerbräukeller eine Verammlung stattgefunden hätte. Zeuge: Im Generalstaatskommissariat. Ich hörte dort, daß Erzengel, Rohrer ein prorussische Rede über den Marxismus gehalten hätte. R. A. Röder: Woher kommt denn die Meldung, daß Fricke angeblich im Kampfbund zum Polizeipräsidenten vorgeschlagen war? Zeuge: Aus der Nachrichtenabteilung. R. A. Röder: Wo war es eine solche Nachricht? Zeuge: Dieses Wort möchte ich nicht gern anwenden. (Hellerkeit.) Justizrat Kahl:

Der Staatsanwaltschaft ist nicht möglich gewesen, die Adresse Ehrhardts in München zu ergründen. Wäre es nicht möglich gewesen, sie in Ihre Abteilung zu erfahren?

Zeuge (sehr bestimmt): Auf keinen Fall. Justizrat v. Tschadowitz: Es ist Ihnen doch bekannt, daß Rudendorff Gelder, die zu wohltätigen Zwecken bestimmt waren, darunter Devisen, weggenommen worden sind. Ist das nun von Ihnen aus vernommen worden, oder hat Erzengel Rede den Auftrag dazu gegeben? Zeuge: Die Bestimmungen sind auf Veranlassung des Generalstaatskommissars befolgt worden und liegen noch heute auf der Post. R. A. Luetzebrunne: Ist Ihnen bekannt, aus welchen Gründen das Generalstaatskommissariat die Befehlung der Bild Rudendorffs angeordnet hat? Zeuge: Besondere Gründe sind hierfür nicht genannt worden. Staatsanwalt Ehrhardt:

Ist Ihnen bekannt, daß Schreiben vorhanden sind, die vom September vorigen Jahres datieren, die aus der Nationalsozialistischen Partei kommen und in denen ein bevorstehender Umsturz bereits angedeutet wird?

Zeuge: Die Kopie haben auf der Polizei gelegen und sind entweder beim „Politischen Beobachter“ oder im Nationalsozialistischen Parteibüro beschaubar gemacht worden.

Angekl. Hitler: Sind Ihnen die Gründe bekannt, weshalb das Generalstaatskommissariat gebildet worden ist?

Zeuge: Soweit ich weiß, um einen Umsturzversuch von rechts zu verhindern.

Angekl. Hitler: Ist Ihnen bekannt, daß Anklage der Anklage war, unsere vierzehn Verammlungen würden den Auftakt zu einem Putsch geben, und wissen Sie auch, daß Graf Soden sich in diesem Sinne geäußert hat?

Zeuge: Die erste Tatsache ist richtig. Herr v. Scheubner-Richter ist bei uns auf der Polizeidirektion gewesen, um die Verammlungen anzusehen. Als wir ihn fragten, ob nicht die Gefahr bestehe, daß aus diesen Verammlungen heraus sich eine gefährliche Bewegung entwickeln könne, erklärte er, daß man zwar offiziell keinen Putsch anstrebe, daß aber, wenn aus den Verammlungen heraus sich eine Aktion bilde, man sie nicht verhindern, sondern mitmachen werde.

Angekl. Hitler: Glauben Sie, daß dann führende Mitglieder der Regierung zu unseren Verammlungen gekommen wären?

Zeuge: Nein. R. A. Röder: Erinnern Sie sich an die Verammlung im Zirkus Crotte, in der ich selbst gesprochen und gesagt habe, daß, wenn die rote Flut über Norddeutschland hereinbrechen sollte, Bayern dann den Bedrängten zu Hilfe kommen

werde? Zeuge: Daran erinnere ich mich nicht. R. A. Röder: Erinnern Sie sich auch, daß Rohrer dieser Verammlung beigewohnt hat? Zeuge: In dieser Verammlung war er anwesend.

Hierauf wurde Regierungsrat Werberger von der politischen Abteilung der Münchener Polizei vernommen. Werberger verneint, eine schriftliche Darstellung des Generalstaatskommissariats über die Vorgänge am 8. und 9. November erhalten zu haben. Man sei allgemein der Ansicht gewesen, daß aus den Hitler-Verammlungen ein Putsch hervorgehen könne, doch wolle er keine Erklärung darüber abgeben, ob die Bildung des Generalstaatskommissariats deshalb notwendig war.

Dann erfolgte die Vernehmung des Oberregierungsrates Basse, des Dezernenten der politischen Abteilung der Polizei. Im Polizeipräsidentium habe er in der Nacht vom 8. zum 9. November Böhner und Fricke angetroffen und mitangehört, wie Böhner zu Fricke sagte:

„Sie führen von nun an das Polizeipräsidentium. Ich tue das im Auftrag von Erzengel v. Rohrer.“

„Ich habe, so erklärt der Zeuge, Herrn Dr. Fricke dabei ins Auge gefaßt und habe ihm angedeutet, daß ihm die Uebertragung des Polizeipräsidentiums überraschend kam. Was er geantwortet hat, weiß ich nicht. Er hat sich dann weder am Abend, noch im Laufe der Nacht als Polizeipräsident geriert oder anreden lassen. Er fragte dann nach Bernreuther, worauf ich ihm antwortete, daß dieser verhaftet sei. Darauf erklärte Böhner: Gut, dann führen Sie die Abteilung.“ Später kam dann Oberst Banzer der Kommandeur der Münchener Polizei) sehr ungerecht an, weil er von einem Offizier verfolgt wurde. Er hat Böhner: „Befreien Sie mich von dem Schicksal dieses Herrn.“ Darauf tronte Böhner Herrn Oberst Banzer: „Kann ich mich auf Sie und Ihre Leute verlassen?“ Banzer nahm eine stramme Haltung an, gab Böhner die Hand und sagte: „Herr Präsident, voll und ganz.“ Darauf gab Böhner dem Offizier einen Wink: „Gut, Sie können gehen.“ Böhner oder Fricke gaben mir dann den Auftrag, die Presse zusammenzurufen, um die Mitteilung von der neuen Regierung zu machen.

Etwas später kam dann ein Anruf von der Polizeidirektion Nürnberg, was in München los sei. Es wurde mir gleichzeitig mitgeteilt, daß die Nürnberg-Verammlung nach München in Marsch gesetzt sei, und darauf rief ich im Generalstaatskommissariat an und teilte diese Tatsache dort mit, erhielt aber eine ausweichende Antwort, und das Gespräch wurde nach kurzer Zeit abgebrochen.

Ich habe mir darüber keine Gedanken gemacht, obgleich mir diese Tatsache sonderbar vor dem Hintergrund davon, daß Rohrer, Löffler und Selzer nirgends zu finden waren. Böhner meinte: „Sie brauchen keine Zweifel zu haben, die Herren haben in ihr Wort gehalten.“ Dann kam in der Nacht noch die Meldung über die Verammlung in der „Münchener Post“ und im „Vorwärts“. Die Polizei mußte wiederholt einmarschieren. Böhner und Fricke blieben die Maßnahmen. Ich sagte noch zu ihnen, die Bewegung würde von solchen Vorgängen distanzieren. Darauf setzten sie sich mit Hitler in Verbindung, der diese Vorgänge verurteilte und sofort Abhilfe schaffte. Rum war ich von der Polizeidirektion nach Hause gegangen, da wurde ich wieder von einem Regierungsrat im Präsidium angerufen und angefragt, ob eine Proklamation von Rohrer angeschlagen werden dürfe, sie sei von Rohrer selbst unterschrieben. Das kam mir sonderbar vor, denn ich hatte gehört, daß zunächst keine Proklamationen erscheinen sollten. Da ich wußte, daß Erzengel v. Rohrer seinen Namen immer in deutschen Buchstaben schrieb, fragte ich zurück, ob die Unterschrift deutsch oder lateinisch geschrieben sei und erhielt die Antwort, sie sei lateinisch geschrieben. Die Sache kam mir daher nicht richtig vor, und Böhner, den ich im Wehrkreiskommando davon benachrichtigte, erklärte dann auch, daß der Anschlag zunächst unterbleiben sollte. Als ich dann wieder zur Polizeidirektion zurückging, erfuhr ich, daß Böhner und Fricke verhaftet worden seien. Nachdem ich im Bürgerbräukeller die Erklärungen der Herren mitangehört hatte, in die ich gar kein Zweifel gesetzt hatte, war ich über diese Tatsache tief erschüttert.

### Hilfers Reservatrecht.

Es der Zeuge verneinte, daß von der Polizeidirektion dem Ministerium Anklage gemeldet worden sei, die Hitler-Verammlungen drohten zu einem Putsch zu führen und deshalb sei die Bildung des Generalstaatskommissariats nötig, und weiter erklärte, der Führer einer Bewegung, der einen Putsch unternähme, wäre von der Polizei sofort verhaftet worden, jetzt R. A. Röder den Schluß, daß es eine Täuschung der Öffentlichkeit gewesen sei, wenn man sagte, daß das Generalstaatskommissariat wegen des drohenden Putsches gebildet werde. Bei der weiteren Vernehmung des Zeugen gibt Hitler auf eine Frage des Staatsanwalts Ehrhardt, ob Hitler zum Reichstanzler oder nur zum Trampet der Bewegung ausgerufen sei, folgende Erklärung ab: „Nach dem Bericht der „Münchener Nachrichten“ habe ich damals gesagt: „Bis zum Ende der Abrechnung mit den Verbrechern, die Deutschland zugrunde gerichtet haben, übernehme ich die Leitung der Politik.“ Der Bericht der „Münchener Nachrichten“ ist bis auf ganz kleine Einzelheiten vollkommen richtig. Hätte ich den Reichstanzlerposten beansprucht, dann hätte ich es auch gesagt. In einer Zeit, in der ein Bremer Hotelier Reichstanzler wird, und hier in Bayern zwischen Preisverbreitung und Butterkonfiskation gekämpft wird, lehne ich eine solche Bescheidenheit ab. Rosow behauptet, ich sollte Propagandaminister in der provisorischen Regierung werden. Ich habe keinen Anlaß, bescheiden zu sein, als Herr v. Rosow. (In plötzlicher Erregung) Was ich wollte, das war die Uebernahme mit den Novemberverbrechern. (Sich zum Staatsanwalt wendend) und das wird auch mein Reservat sein, Herr Staatsanwalt, wenn nicht jetzt, dann in einer kommenden Zeit.“

### Ehrhardts und Roßbachs Schutzherrn.

Justizrat Kahl zum Zeugen: Wäre es der Polizeidirektion möglich gewesen, die Adresse des Herrn Ehrhardt zu erfahren? Zeuge: Ich weiß nicht, wo er wohnt. Justizrat Kahl: Im Ringhotel im vierten Stock. (Hellerkeit.) Ist es Ihnen bekannt, daß seit Beginn des Prozesses Herr Ehrhardt „zu Schiff nach Frankreich“ ist? Zeuge: Nein. (Bewegung im Saal.)

R. A. Holl: Das Reichsgericht hat Haftbefehl gegen Kapitan Ehrhardt, Oberleutnant Roßbach und Hauptmann Heiß erlassen. Von wem ist der Vollzug dieser Haftbefehle verhindert worden, vom Generalstaatskommissar, oder vom Ministerium des Innern, oder von Weiden?

Zeuge: Darüber kann ich keine Auskunft geben.

R. A. Holl: Von wem hat denn die Polizeidirektion die entsprechende Anweisung erhalten?

Zeuge: Darüber verzweitere ich die Auskunft. (Große Bewegung im Saal.)

R. A. Holl: Dann weiß ich wenigstens, daß es eine höhere Stelle war. Zeuge Kriminalkommissar Kiefer sagt aus, einer der in den Bürgerbräukeller eingedrungenen Hitler-Offiziere habe ihm auf die Frage, was los sei, erklärt: Warten Sie doch bis 8 Uhr 40 Minuten, dann kommt der Fricke. Vorstehender zum Angeklagten Fricke: Es scheint doch also eine Art von Vereinbarung bestanden zu haben. Zeuge Polizeikommissar Bucha hat schon im Bürgerbräu gehört, daß Fricke das Polizeipräsidentium übernehmen werde.

Der nächste Zeuge Hauptmann von Hoffmann, der früher bei der Münchener Fremdenpolizei angestellt war, hat nichts Wichtiges zuzufügen. Er erklärt u. a.: Ich habe als Beamter melnta

Verpflichtungsschein auf die Republik zerissen, da ich nur meinem König einen Eid geleistet habe, den ich auch halten will.

Der letzte Zeuge Major a. D. Eduard Hitler aus Bayreuth wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommen.

Darauf wurde die Sitzung auf Mittwoch (täglich 9 1/2 Uhr vertagt.

### Noch eine Verfassung.

München, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittag ist hier der Herausgeber der früheren Zeitung der Einwohnertreuen „Bayerisches Heimatland“, Hauptmann a. D. Wilhelm Weiß, gegen den schon seit längerer Zeit ein Haftbefehl wegen Weisung zum Hochverrat erlassen worden war, verhaftet worden. Weiß sollte nach dem Hitler-Putsch der Pressechef der neuen Regierung werden.

### Große Koalition in Oldenburg.

Oldenburg, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Noch langen Verhandlungen, die seit den letzten Landtagswahlen am 8. Juni 1928 immer wieder aufgenommen wurden, ist jetzt eine Einigung unter den Parteien über die Ablösung des bisherigen Beamtenministeriums durch ein parlamentarisches Kabinett zustande gekommen. Die frühere Koalition zwischen Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten unter dem Demokraten Tangen als Ministerpräsident wird abgelöst durch die große Koalition, in der das Zentrum den Ministerpräsidenten stellt. Diesen Posten übernimmt der frühere Finanzminister Dräger. Die Sozialdemokratie und die Demokraten stellen ebenfalls wieder ihre früheren Minister: den Genossen Meyer für Soziale Fürsorge und Verkehr, Tangen als Innenminister. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Kultur, Justiz, Handel und Gewerbe vorbehalten ist, sieht noch nicht fest. Der Ministerpräsident übernimmt gleichzeitig das Finanz- und Landwirtschaftsministerium.

### Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe.

#### Vertretertagung des Reichsverbandes.

Der Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe hielt am 26. Februar seine erste diesjährige Vertretertagung ab. Nach eingehender Besprechung der Stellungnahme des Reichsverbandes zu den politischen Parteien wurde beschlossen, an die Vorstände derjenigen Parteien auf deren Unterstützung die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe bisher rechnen durften, mit dem Antrage heranzutreten, Vertreter oder Freunde des Verbandes an ausschließlicher Stelle auf die Reichswahlliste zu setzen.

Bei der Beratung der landwirtschaftlichen Besteuerung wurde erneut zum Ausdruck gebracht, daß an der Fortsetzung einer einzigen Steuer auf den Wert des nackten Grund und Bodens unbedingt festgehalten werden muß. Es wurde mit Befriedigung anerkannt, daß die Bemühungen des Reichsverbandes und befreundeter Organisations im Reiche zu einer Berichtigung der Wertbeitragswerte geführt haben, die auf gleichmäßige Steuerbelastung der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe unter Ausschaltung von Gebäuden und Inventar hingielt. Für Preußen muß mit allem Nachdruck die gleiche Forderung erhoben werden, da die Berichtigung der Grundsteuerwerte durch die Kaiserämter leider noch unter Einbeziehung von Gebäuden und Inventar erfolgt, wodurch die Kleinbetriebe ungebührlich hoch belastet werden.

In der Pachtschutzfrage wurde die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung scharf angegriffen, wonach für alle nach dem 1. März d. J. neu abzuschließenden Pachtsverträge jeder Pachtschutz aufhört. Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, diese Verordnung wieder aufzuheben, fand einstimmige Zustimmung der Vertretertagung.

Von allen Rednern wurde einstimmig festgestellt, daß das Stöcken der ländlichen Siedlungswesen, insbesondere der Anliegersiedlung, in erster Linie auf die schwächliche und meist ablehnende Haltung des preussischen Landwirtschaftsministeriums zurückzuführen sei. Eine Förderung der Siedlungswesen könne nur durch einen völligen Abbau der Landeskulturbehörden und gleichzeitige Uebertragung der Siedlungsaufgaben auf die Kreise erwartet werden.

Bei der Erörterung des Genossenschaftswesens wurden Maßnahmen beschlossen, die auf kürzestem Wege der katastrophalen Kreditnot in der Landwirtschaft entgegenwirken sollen. Entsprechende Vollmachten zur Erweiterung der Berliner Geschäftskasse zwecks Schaffung einer zentralen Leitung für die Genossenschaften der angeschlossenen Verbände wurden dem Geschäftsführer erteilt.

Nach kurzer Stellungnahme zu den Kommunal- und Landwirtschaftskammerwahlen wurde die in erfreulicher Einmütigkeit verlaufene Tagung von dem Vorsitzenden, Herrn Hermann-Breslau geschlossen.

### Nationaler Patriotismus.

#### Der Nationale Bloß enteignet den Staat.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Laut „Populaire“ besteht beim Nationalen Bloß, nachdem er das Zündholzmonopol zu Zoll gebracht hat, die Absicht, auch das Tabakmonopol noch in dieser Kammer Sitzung der Privatindustrie auszuliefern. Dabei betrug der Ueberfluß des Tabakmonopols im vorigen Jahr rund 1,4 Milliarden Frank.

### Die Sicherheitsakten.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Das französische Geldbuch zur Frage der Sicherheit Frankreichs, dessen Ausgabe für Montag angekündigt war, infolge Druckverzögerung aber erst Ende der Woche erfolgen wird, enthält außer Protokollen auch den Rotenwechsel mit der englischen Regierung und die Briefe, in denen Poincaré als Präsident der Republik 1919 seine Auffassung über das Minimum der zu erreichenden Garantien ausgedrückt hat. Ein Teil dieser Briefe ist bereits vor mehr als zwei Jahren, kurz ehe Poincaré als Nachfolger Briands die Regierung übernahm, bei einer zwischen ihm und Lardieu ausgebrochenen Kontroverse veröffentlicht worden. Poincaré lehnt darin die Lösung, wie sie den französischen Unterhändlern angeboten wurde, als ungenügend ab und verlangt, daß zum mindesten die Befehle der Rheinlande keiner zeitlichen Beschränkung unterworfen werde.

### Der Frank stürzt weiter.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Frank, der in den letzten Tagen dank umfangreicher Interventionen eine leichte Stabilität bewies, hatte am Dienstag erneut beträchtliche Kursverluste zu verzeichnen. An der Börse notierte das Pfund mit 106,50 gegen 108,50 am Montag; der Dollar mit 24,80 gegen 24,04. Die neue Abwärtsbewegung dürfte in erster Linie auf den letzten, sehr unwürdigen Wochenanfang der Bank von Frankreich zurückzuführen sein, der eine beträchtliche Vermehrung des Rotenums aufweist.

Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Der zur Entscheidung des Reichsgerichts im Deutschen Buchdruckgewerbe im Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuß hat heute einen Schiedsspruch dahin gefällt, daß der gegenwärtige Lohn bis 28. März unverändert bestehen bleibt.

Das französisch-schweizerische Bündnis ist nun durch Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft getreten.

# Gewerkschaftsbewegung

## Deutschnationale Arbeiterpolitik.

Von einem Unternehmer, der kein Deutschnationaler ist, wird uns folgendes Schreiben zur Verfügung gestellt:

Berlin W. 9., den 18. Februar 1924.  
Schellingstraße 111

Deutschnationale Volkspartei  
Landesverband Potsdam II

Euer Hochwohlgeboren!

In den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß mit der aufstrebenden Kampfesweise der roten Gewerkschaften nur dem Vorteil der dazu angelegten Führer, nicht aber den eigentlichen Interessen der Arbeiterschaft gedient wird. Aus diesem Grund lehnen große Massen diesen häufig unter jüdischer Leitung stehenden Organisationen den Rücken und kommen täglich zu uns in der Hoffnung, in unseren Reihen das zu finden, wonach sie sich sehnen, nämlich Ruhe und ungestörte friedliche Arbeit. Sie haben es satt, sich für die politischen Ziele ihrer Führer wickeln zu lassen und sind von den marginalen unerfüllbaren Ideen der jüdischen Genossenschaft gründlich kurier. Wir haben es uns nun zur Aufgabe gemacht, diesen Volksgenossen, die bei uns Rat und Tat suchen, zu zeigen, daß es die DNVP ist, die gerade für die Arbeiterschaft das echte soziale Verständnis hat. Wir wollen sie an uns fesseln. Wir wollen ihnen Arbeit und Brot verschaffen und sie dahin bringen, gemeinsam mit dem Arbeitgeber in friedlicher Arbeit an dem Wiederaufbau unseres zerrütteten Wirtschaftslebens mitzuhelfen. Nicht durch sinnlose, wirtschaftszerstörende Streiks, sondern durch ehrliche, friedliche Verhandlungen von Mund zu Mund sollen Meinungsverschiedenheiten ihre Erledigung finden. Das sind die Aufgaben, die wir uns gestellt haben und die wir erfüllen wollen und müssen.

Schwer ist die Arbeit, die wir auf uns nahmen, so daß wir um Ihre geschätzte Hilfe so dringend wie herzlich bitten. Helfen Sie uns an dem großen nationalen Werk. Nicht durch finanzielle Unterstützung, nein, viel wirksamer kann uns geholfen werden, wenn Sie Ihren Bedarf an Arbeitskräften bei uns decken. Seien Sie versichert, daß es unser Bestreben sein wird, Ihnen nur ausgesuchte, wahrhaft nationale und tüchtige Leute zu senden. Schaffen Sie Stellen für die nationale Arbeiterschaft, dann ist der Sieg unser! Kopf und Handarbeiter stehen jederzeit zur Verfügung.

In der Hoffnung, bei Ew. Hochwohlgeboren recht bald wohlwollende Berücksichtigung unserer Bitte zu finden, zeichnen wir vorzüglicher Hochachtung

J. M. des deutschnationalen Arbeiterbundes Landesverband  
Potsdam II

Herzfeldt, Arbeitersekretär.

Graf Westarp.

M. d. N. A. B. Vorsitzender.

Also die Herren um Westarp wollen die Arbeiter an die Deutschnationale Volkspartei „fesseln“, um sie von den „unter jüdischer Leitung“ stehenden „roten Gewerkschaften“ zu befreien. Keine Tarifverträge, keine Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Organisationen. „Von Mund zu Mund“ teilt der Arbeitgeber dem braven, deutschnational gefeierten Arbeiter mit, unter welchen Bedingungen er für ihn arbeiten darf. Ein derartiges Verfahren hat in der Tat nichts gemein mit einem Arbeitsverhältnis, das getragen ist von Gewerkschaften, die von Arbeitern geschaffen sind, die sich ihrer Rechte bewußt und entschlossen sind, sie zu verteidigen.

Der arische Arbeitersekretär Herzfeldt mag den Unternehmern erzählen, daß die Arbeiter „von den marginalen unerfüllbaren Ideen der jüdischen Genossenschaft gründlich kurier“ seien. Die deutschnationale „Arbeiterpolitik“ zur Beschaffung von Arbeitswilligen wird einen Haken haben. An der Nachfrage würde es gewiß nicht fehlen, wenn nur ein entsprechendes Angebot vorhanden wäre. Denn außer den ehemaligen Bastionen, mit denen man z. B. die ausgesperrten Musikinstrumentenarbeiter sicherlich in nur ungenügender Weise erfassen kann, wird der „deutschnationale Arbeiterbund“ höchstens noch bernsteinmäßige „Arbeitswillige“ und ähnliche Ehrenmänner anzubieten haben. Ein Arbeiter, der etwas kann und etwas auf sich hält, wird sich von diesen „Arbeiterfreunden“ gewiß nicht „fesseln“ lassen. Und deshalb — die Unternehmer wissen das natürlich auch — werden die Deutschnationalen sich weiter darauf beschränken müssen, ihre Arbeiterpolitik mit Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung und Aussperrungen zu betätigen, wie sie es bisher immer getan haben.

## Die Beamten wehren sich — in Frankreich.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Kongress der französischen Beamten-Gewerkschaften, der gegenwärtig in Paris tagt, fasste einen Beschluß von außerordentlicher Bedeutung. Während sich in Frankreich die Gewerkschaften bisher jeder politischen Betätigung enthalten haben und eifersüchtig auf die Wahrung ihrer vollen Unabhängigkeit von den politischen Parteien bedacht waren, haben die Beamten-Gewerkschaften nunmehr beschlossen, an dem bevorstehenden Wahlkampf aktiv teilzunehmen, um eine Wiederkehr der jetzigen Kammermehrheit zu verhindern. Man hat sich auf kein bestimmtes Parteiprogramm festgelegt, aber beschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die vom Block der Linken angestrebten politischen Ziele einzutreten. Die Haltung der Regierung, die den Gewerkschaften die Anerkennung als Vertretung der Beamten verweigert und die Gewerkschaftsführer in der gefährlichsten Weise verfolgt, wurde in der schärfsten Weise angegriffen. Alle Redner versicherten, daß die Gebuld der Beamten erschöpft sei und der Abwehrkampf der Beamten mit größerer Energie als bisher geführt werden müsse. Der Kongress nahm schließlich eine Resolution zugunsten der „direkten Aktion“ an, die zunächst durch eine großzügige Propaganda vorbereitet werden soll.

## Der Kampf der Musikinstrumentenmacher.

In einer Versammlung der ausgesperrten Musikinstrumentenarbeiter berichtete Bevollmächtigter Böse vom Holzarbeiterverband über den augenblicklichen Stand des Kampfes. Die Hartnäckigkeit der Unternehmer hat bisher jede Annäherung verhindert. Trotz mehrerer Verhandlungen besteht der Arbeiterverband immer noch auf der Forderung, die Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus beliebig verlängern zu können. Die Anerkennung der 48-Stunden-Woche hat für die Praxis keine Bedeutung, da ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen bei der Anordnung von Überstunden abgelehnt wird. Demgegenüber stehen die alten Forderungen der Streikenden und Aussperrten. Da so ein Zusammenkommen der Parteien unmöglich war, bemühte sich in letzter Zeit Gewerbetat Köerner darum. Die Vertreter der Arbeiter erklärten ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen, während die Unternehmer auch diesmal ablehnten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen brachte Böse ein Rundschreiben der Arbeitgeber an die Aussperrten zur allgemeinen Kenntnis, in welchem ein demagogischer Art versucht wird, dem Holzarbeiterverband die Schuld am bisherigen Verlauf des Kampfes zuzuschreiben. Redner bezeichnete diese plumpe Taktik der Unternehmer als einen Verlust, Tarifverträge, die für vollkommen anders gelagerte Berufsgruppen unter anderen Verhältnissen und an anderen Orten abgeschlossen sind, für die Berliner Musikinstrumentenarbeiter in Anwendung zu bringen. Man kenne offenbar die Einstellung der Kämpfenden sehr schlecht, wenn man glaubt, mit solchen unwarren Mitteln in die Musikinstrumentenarbeiter Verwirrung und Zersplitterung bringen zu können.

Die Versammlung stellte sich ohne Diskussion geschlossen hinter die Ausführungen Böses, so daß der Versammlungsdirektor die Feststellung machen konnte, daß der bereits sieben Wochen dauernde Kampf mit unerminderter Schärfe, allen Unternehmerabsichten zum Trotz, weitergeführt wird. Die Anwesenden waren sich darin einig, alle Verhandlungen mit den Arbeitgebern nur von der Streikleitung in Verbindung mit der Ortsverwaltung führen zu lassen.

## Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes schreibt uns:

Der Verbandstag in Kassel hat zur Wahl der Betriebsräte folgenden Beschluß gefaßt:

Die Wahl der Betriebsräte muß nach einheitlicher freigewerkschaftlicher Kandidatenliste erfolgen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Beschlüsse zu beachten und danach zu handeln. Wer gegen die nachstehenden Richtlinien verstößt und die von dem Verbandstag, vom Vorstand oder Beirat gefaßten Beschlüsse mißachtet, muß damit rechnen, daß die statutarischen Bestimmungen gegenüber seinen Handlungen Anwendung finden.

Die Richtlinien des erweiterten Beirats lauten:

1. Die Durchführung der Wahlen der Betriebsräte ist Aufgabe der Gewerkschaften und hat einheitlich und geschlossen gegenüber unseren gegnerischen Organisationen zu erfolgen.
2. Die Aufstellung der Kandidaten ist vorzunehmen auf der Grundlage und unter Anerkennung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages. (Siehe auch Jena und Kassel.)
3. Von jedem Kandidaten ist zu verlangen, daß er sich verpflichtet, jederzeit sein Amt als Mitglied des Betriebsrates hinzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber resp. von seiner Organisation dazu aufgefordert wird.

Der Beschluß in Kassel wurde gefaßt unter nachstehender Begründung:

Für die freien Gewerkschaften kann nur eine Kandidatenliste in Frage kommen. Bei der Aufstellung dieser einheitlichen Kandidatenliste sind im einzelnen Betrieb die von den Kollegen der verschiedenen Strömungen und Gruppen gemachten Vorschläge bei der Aufstellung der Kandidatenliste zu berücksichtigen. Kommt eine Verständigung unter den Kollegen nicht zustande, so ist rechtzeitig die zuständige Ortsverwaltung anzurufen, damit letztere vermittelnd eingreift, um eine Einigung unter den Kollegen herbeizuführen. Scheitert auch dieser Versuch, dann muß über die von den einzelnen Strömungen oder Gruppen gemachten Kandidatenvorschläge eine Vorabstimmung unter freierorganis-

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark d's Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ... 16,00—17,25	Röstgetreide, lose ... 16,00—18,00
Gerstengraupen, lose ... 16,00—17,00	Kakao fettarm ... 100,00—12,00
Haferslocken, lose ... 15,25—16,00	Kakao, leicht entölt ... 13,00—180,00
Hafersgrütze, lose ... 15,75—16,25	Tea, Souchon, gepackt ... 342,00—350,00
Reis gemehlt 0/1 ... 13,00—14,00	Tea, indischer, gepackt ... 425,00—435,00
Weizenmehl ... 13,00—13,50	Inlandszucker basis mel ... 45,00—42,00
Hartweizen ... 22,00—25,50	Inlandszucker Raffinade ... 46,00—48,00
7* Weizenmehl ... 14,75—16,00	Zucker Würfel ... 48,00—48,00
Weizen Auszugmehl ... 17,00—18,00	Kunsthonig ... 48,00—49,00
Speisebiscuit, Viktoria ... 19,75—22,00	Zuckerstange hell in Eim ... 49,00
Speisebiscuit, kleine ... 14,00—17,00	Speisebiscuit dunk. in Eim ... 33,00—35,00
Bohnen, weiße, Perl ... 20,25—24,00	Marmelade Einlit. Erb. ... 108,00—130,00
Lambonen, hanoveries ... 3,00—34,00	Wassermelone Vierfrucht ... 33,00—35,00
Linsen, kleine ... 26,00—23,00	Pflaumenmus in Eisern ... 45,00—50,00
Linsen, mittel ... 26,50—40,00	Stromatz, lose ... 2,75—4,00
Linsen, große ... 4,50—33,00	Siedesalz, lose ... 4,90—5,20
Kartoffel mehl ... 16,00—18,00	Bräunungsalkali in Tierces ... 60,00—
Makkaroni ... 40,00—45,00	Butterschmalz in Kisten ... 70,00—
Makkaronimehl ... 37,00—38,50	Purelard in Tierces ... 67,00—
Schmittmehl, lose ... 21,00—25,00	Purelard in Kisten ... 68,00—69,00
Ruchweizen ... 15,50—17,50	Speisestärke in Packung ... 48,00—52,00
Ravenn-Reis ... 17,00—19,50	Speisestärke in Kisten ... 47,00—49,00
Tafelreis, glasiert, Patna ... 27,00—31,00	Margarine, Handclsm. I ... 56,00—
Tafelreis, java ... 31,00—36,00	dessel. II ... 48,00—52,00
Risnapfel, amerik. ... 110,00—120,00	Margarine, Spezialm. I ... 70,00—
Getr. Pflaumen 90/100 ... 43,00—48,00	dessel. II ... 60,00—65,00
Pflaumen, einsteint ... 52,00—55,00	Mollereibutter I. Fässer ... 216,00—
Rosinen in Kisten, Candia ... 75,00—80,00	Mollereibutter in Pack. ... 222,00—
Sultanaer Carabim. ... 85,00—90,00	Landbutter in Fässern ... 18,00—
Korinthen, choice ... 80,00—85,00	Landbutter in Packungen ... 19,00—
Mandeln, süße Bari ... 145,00—150,00	Auslandbutter ... 216,00—222,00
Mandeln, bittere Bari ... 130,00—130,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ... 35,00—36,00
Zimmt (Cassia) ... 110,00—120,00	Speck, gesalzen, fett ... 62,00—60,00
Kümmel, holländischer ... 147,00—170,00	Quarkkäse ... 40,00—50,00
Schwarze Pfefferkörner ... 98,00—106,00	Quarkkäse ... 35,00—40,00
Weißer Pfeffer ... 130,00—141,00	Italien. Käse, vollfett ... 115,00—125,00
Rohkaffee Brasil ... 17,00—200,00	Italien. Käse, halbfett ... 90,00—60,00
Rohkaffee Zentralamerika ... 230,00—300,00	Aust. ungesüßter Condens. ... 23,00—25,00
Rohkaffee Brasil ... 225,00—270,00	Inländische desgl. 48/12 ... 19,00—20,00
Rohkaffee Zentralam. ... 315,00—400,00	Int. per. Condensm. 48/14 ... 28,50—29,50
Maiskaffee, gepackt ... 23,00—25,00	

Heutige Umrechnungssatz 1000 Milliarden.

ersten Gewerkschaftsmitgliedern erfolgen, um dann entsprechend für die einzelnen Vorschläge abgegebenen Stimmen die Kandidatenliste aus den Vorschlägen der verschiedenen Gruppen oder Strömungen zusammenzustellen.

Wird so verfahren, dann kommen wir auf alle Fälle zu einer einheitlichen Kandidatenliste. Diese Einheitsliste der freien Gewerkschaften ist einzureichen, um dann einmütig und mit allen Kräften für diese Liste zu werben und ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. So müssen alle freierorganisierten Arbeiter vorgehen.

Die Ortsverwaltung steht, sofern keine Einigung im Betrieb über die Kandidatenliste erzielt wurde, zur Beilegung der Differenzen jederzeit zur Verfügung. Werden trotz der Verständigung über eine Kandidatenliste von Verbandskollegen Sonderlisten aufgestellt, so wird die Ortsverwaltung dagegen mit allen statutarischen Mitteln vorgehen.

## Der Verrat der Christlichen.

Köln, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Eine Vertreterversammlung des Metallarbeiterverbandes hatte am Freitag einstimmig den am 26. Februar gefällten Schiedspruch für die Kölner Industrie abgelehnt, der u. a. eine Arbeitswoche von 54—57 Arbeitsstunden vorsieht. In gleichem Sinne entschieden sich die hiesigen Dünckerischen Gewerkschaften; nur die christlichen Metallarbeiter hatten in einer Vertrauensmännerversammlung die Annahme des Schiedspruches mit Stimmenmehrheit beschlossen. Die Unternehmer versuchen nun Sgnderregungen in den einzelnen Betrieben zu vereinbaren. Der Deutsche Metallarbeiterverband warnt deshalb seine Mitglieder, sich auf Betriebsvereinbarungen über verlängerte Arbeitszeit einzulassen. Von allen derartigen Versuchen der Unternehmer, die Einheit der Aktion zu brechen, soll der Ortsverwaltung sofort Mitteilung gemacht werden.

Köln, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) In Kierbero im rheinischen Braunkohlengruben treten die christlichen Gewerkschaften für Wiederaufnahme der Arbeit auf den Braunkohlengruben ein. Ein christlicher Betriebsvertrauensmann des Groß-Werkes legte deshalb Listen für Arbeitswillige zur Einzeichnung auf. Als 30 Arbeitswillige ihre Tätigkeit wieder aufnehmen wollten, ordnete die Streikleitung Warnbereitschaft an. Die Einfahrt wurde verhindert. Von Brühl herbeigekehrte Schutzpolizei ging sofort scharf vor; zwei Personen wurden verletzt, acht, darunter eine Frau, verhaftet.

## Der Dank für die Raubkämpfer.

Bodum, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten beiden Tagen sind vom Bodumer Verein 1250 Mann der bisher nicht wiederereinstellten Arbeiter die Entlassungspapiere zugestellt worden. Es befinden sich unter ihnen viele Unsolche, Krüppel usw., die dem Werk ihre Gesundheit geopfert haben. Sogar ältere Leute, die bis zu 33 Jahren bei dem Bodumer Verein arbeiteten, sind zur Entlassung gekommen. Die Entlassenen sind fast ausschließlich Angehörige der freien Gewerkschaften.

Ausperrung auch in Dänemark. Nachdem die Verhandlungen die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in der Textil-, Eisen- und Metallindustrie Dänemarks gepflogen wurden, geteilt sind, scheint die schon lange drohende Ausperrung am kommenden Sonntagabend in Kraft treten zu sollen. Von dieser würden etwa 60 000 Arbeiter betroffen werden. Es handelt sich offenbar um ein gemeinsames Vorgehen mit den norwegischen Unternehmern, da zwischen den skandinavischen Gewerkschaften Verträge bestehen auf gegenseitige Unterstützung bei großen Kämpfen.

Achtung, VOBV-Dreher des Deutschen Metallarbeiterverbandes! Freitagabend 7 Uhr in der Schulstraße 33, Tagungsraum: Was geht in den Betrieben an? Erscheinen! Der VOBV, Mitgliederbund des VOBV und Partionalsowas legitimiert. Der Verbandsrat.

Verbandsrat der Koch-Kunst, Ortsgruppe Groß-Berlin, Ortsgemeinschaft: Mittelschulversammlung Mittwochabend 7 1/2 Uhr im Sporthaus der Genthien-Gasse, Spandauerstr. 17-18, Tagungsraum: Bericht über die Tarifverhandlungen. Müde können einsteifen werden.

Verbandsrat Gewerkschaften, Ortsgruppe des Köpfer, Freitagabend 6 Uhr in Dorotheens Park, Am Friedrichstr. 35, (Heinrichsplatz) Tagungsraum: 1. Abst. und Wahlst. 2. Filmvorst. Die Braunkohle. 3. Gründung einer christlichen Betriebskommission. Eintrittsgeld 50 Pf. Arbeitslose haben freien Zutritt.

Verammlung der Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und Ausschussmitglieder der Ortsgruppenliste Tempelhofes Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Wilhelmshagen, Tempelhofer Feld, 49. Tagungsraum: 1. Der Verbandsrat und die Kandidatenlisten. 2. Die Revision der Ortsgruppen. Bestimmungen und ständliches Geschehen ist angedeutet der wichtigsten Tagesordnung notwendig. J. A. A. Heide.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: A. Ebers; Kunst: A. B. Ebers; Vokales und Schriftliches: Felix Karst; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Gierke 1, Bldg.

## Übler Mundgeruch

entstellen das schönste Antlitz. Verbeißt über werden sofort in vollkommen ungeschädlicher Weise beseitigt durch die bewährte Zahnpaste Chlorodont.

## Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Krankheit kostet den Lohn vieler fleissiger Tage. Sehr wichtig ist die richtige Behandlung der Zähne. Man benutzt hierzu am besten die preiswerte

## ZAHNPASTA NIVODONT

Das Vorbeugungsmittel gegen Erkältungen und Ansteckung und das Mittel gegen Mundgeruch sind die wohlschmeckenden

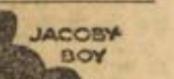
## CALCIFORM-TABLETTEN

Das Behandlungsmittel gegen rauhe, rissige Haut, rote Hände und Frost ist die Frost- und Wundsalbe

## CAMPHOLINT

(ca. 32% Cerus a, ca. 5% Camph. synth., ca. 63% Vas. liav.)

man achte auf die Namen u. auf die Schutzmarke „Rabe“.



JACOBY & COY

# Problem

Cigarettens garantieren

# erste Qualität

# Deutschnationales „Terror“-Geschrei.

## Ein mißglückter Angriff gegen den städtischen Gesamtbetriebsrat.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung forderte gestern der deutschnationale Pfarrer Koch zusammen mit dem deutschvolksparteilichen Gewerkschaftler Streiter nicht mehr und nicht weniger als die Auflösung des Gesamtbetriebsrates der städtischen Betriebe und Verwaltungen. Ein Versuch, zahlenmäßig festzustellen, wie stark unter den Arbeitnehmern der Stadt die gewerkschaftlichen und politischen Richtungen vertreten sind, wurde dem Gesamtbetriebsrat zur Last gelegt. Besonders Herr Koch tatte den Haß aus, den er gegen linksgerichtete Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften hat, und rempelte dabei in seiner großschaligen Art die Sozialdemokratie an, während er die Kommunisten möglichst hart behandelte. Mit schallendem Gelächter begleitete die sozialdemokratische Fraktion seine Brah'erei, daß die Arbeiter in Scharen zu den Deutschnationalen überlaufen. Unser Genosse Reimann gab ihm die gebührende Antwort und stellte dann fest, daß die Ermittlungen über die gewerkschaftliche und politische Richtung der städtischen Arbeitnehmer gerade durch das „Terror“-Geschrei der Leute um Koch veranlaßt worden sind, gegen das man das nötige Beweismaterial haben wollte. Schon die Debatte zeigte, daß der Angriff vorbeigeklungen war, und in der Abstimmung brach er dann lässig zusammen.

Auf der Tagesordnung der gestrigen außerordentlichen Sitzung standen zunächst nicht weniger als achtzehn Anträge, deren Erledigung zum Teil schon seit Monaten aussteht. Sofort nach Eröffnung der Sitzung verlangte Koch (dnal.) die Vorwegberatung des Antrages der Deutschen Volkspartei betreffend den Abbau von besoldeten Magistratsmitgliedern in Verbindung mit der Anfrage derselben Fraktion betreffend den Abbau von unbesoldeten Stadträten bei den Bezirksämtern. Diese Verbindung war in der letzten Sitzung beschlossen worden; die Frage, ob nach der Geschäftsordnung zu einem solchen Beschluß eine Zweidrittelmehrheit gehöre, war von unseren Genossen aufgeworfen, die Entscheidung aber vorbehalten worden. Zur Beratung der Sache selbst ist es befallig infolge des tumultuariösen Verlaufes der Donnerstagssitzung überhaupt nicht gekommen. Mit Verhandelt werden sollte nach dem Antrag Koch ein Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen, worin der Verfallung des Rechts der Arbeitsunfähigkeit ausgesetzt und ihre schleunige Beseitigung verlangt wird; zu diesem Zwecke soll der Magistrat unverzüglich bei der preussischen Staatsregierung die Fortsetzung eines Gesetzes an den Landtag betreiben, wonach auch in Berlin am 4. Mai 1924

### die Erneuerungswahlen

stattzufinden haben. Die Versammlung nahm die Fortsetzung des Antrages mit großem Gärm, zum Teil auch mit Gelächter auf; er stieß auf Widerspruch und kann somit erst in der nächsten Sitzung beraten werden. — Nach einer längeren erregten Geschäftsordnungsdebatte, in der Koch (dnal.) und Dörr (Komm.) die Notwendigkeit einer qualifizierten Mehrheit bestritten, während der Vorsitz Herr Reimann die nach seiner Auslegung der Geschäftsordnung für notwendig erklärte, stimmten 85 für, 61 gegen die Zulässigkeit der Verbindung der beiden Gegenstände in der Beratung; der Vorsitz konstatierte, daß die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht sei. Damit war die Umstellung der Tagesordnung abgelehnt und man nahm die Erledigung der letzteren in der ursprünglichen Reihenfolge in Angriff. Ein Antrag der Wirtschaftspartei vom 9. Januar gegen die Aufrechterhaltung der Hundesperre fand Annahme. — Ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Deputations- und andere Sitzungen nicht vor 4 Uhr nachmittags beginnen zu lassen, ging an den Bestehen aus. — Der Antrag der Kommunisten wegen Herabsetzung der Gaspreise wurde nach der von Schwanebeck gegebenen Begründung an den Haushaltsausschuß verwiesen, der keine Prüfung auch auf die Preise für Wasser und elektrischen Strom ausdehnen soll. — Ebenfalls noch aus dem Januar stammen zwei Anträge, deren erster die unverzügliche

### Auflösung des Gesamtbetriebsrats

fordert. Dieser Antrag ist von den beiden Parteien der Rechten gemeinsam gestellt; der zweite Antrag, vom Zentrum eingebracht, verlangt nur Schutz der Koalitionsfreiheit und Einschreiten gegen die schuldigen Betriebsratsmitglieder. Beide Anträge gehen von dem Schreiben aus, welches der GBR am 23. Januar dieses Jahres an die Betriebsräte der einzelnen städtischen Betriebe mit der Aufforderung gerichtet hat, die politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit der einzelnen Beamten, Angestellten und Arbeiter festzustellen und diese Feststellung nicht als Lippenbekenntnis, sondern durch Vorzeigen des Parteibuches treffen zu lassen.

Die beiden Rechtsparteien schickten Streiter (D. Sp.) und Koch (dnal.) vor, von denen besonders Koch sich unter Anführung neuer Fälle in den schärfsten Ausfällen gegen den GBR und seinen Vorsitzenden Schwanebeck erging. Den Zentrumsantrag begründete Anton Schmidt.

Stadtrat Koblentz legte dar, daß der Magistrat als solcher dem GBR direkte Weisungen nicht zu geben habe, daß er ihm höchstens Vorstellungen machen könne. Der Magistrat habe sich an das Arbeitsgericht gewendet; dieses habe entschieden, daß der Vorsitzende Schwanebeck seines Postens zu entheben sei. Dieser sei persönlich für das Schreiben verantwortlich; die anderen Betriebsräte hätten davon keine Kenntnis gehabt. Die Anträge seien laienmäßig überholt, ihre Annahme dürfte sich kaum noch empfehlen. — Dörr polemisierte gegen den Magistratsvertreter, da dieser die Enthebung des Vorsitzenden des GBR zu billigen scheine, erklärte sich dann aber gegen den Antrag der Rechten, seiner Tendenz wegen. — Genosse Reimann wies zunächst Herrn Koch nachdrücklich in seine Schranken zurück; Herr Koch sei der letzte, sich für die „Freiheit“ der Arbeiter einzusetzen und über „Terror“ zu entrüsten, denn es liege die Zeit doch noch nicht lange hinter uns, wo ein Sozialdemokrat, z. B. als Beamter, glatt unmöglich war. Auch hier handelte es sich für die Deutschnationalen

### lediglich um Wahlmanoe und Wahltagelation.

Ein Teil derjenigen, die nicht alle werden, würde ja der Partei Koch nachlaufen, aber „nur die allerdümmsten Räuber wählen ihre Regier selber“: kein Arbeiter, der die Deutschnationalen in ihrer ganzen Tendenz erkannt habe, wird ihnen bei der Wahl seine Stimme geben; die anderen gütten wir ihnen. Herr Koch war es doch, der bei der Strafendamerfassung eine Unternehmung, welcher politischen Richtung die Entlassenen angehörten, geradezu prologisierte! Und was war der Effekt? „Der freihende Berg hat ein arbeitsloses Mäuslein geboren“, aber die Stadt hat diese Unternehmung 30 000 Goldmark gekostet! So sind öffentliche Mittel verpulvert und vergeudet worden, um der deutschnationalen Agitation auf die Beine zu helfen! — Wenn die Betriebsräte durchwären, gleichviel welcher Partei angehörig, der Einladung zu der betr. Sitzung Folge leisten, so haben sie einfach ihre Pflicht getan. Der Fragebogen nimmt ausdrücklich auf die Vollversammlung der kommunalen Betriebsräte vom 22. Januar Bezug. Das Arbeitsgericht hat seine Entscheidung gefällt. Wir haben uns auch in den Zeiten der größten Unterdrückung das Recht nicht nehmen lassen, uns nach der politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit zu erkundigen, und wir werden uns auch trotz Koch und Streiter dieses Recht nicht nehmen lassen. (Beifall b. d. Soz.) — Nachdem noch Hausberg (Dem.) sich im Sinne des Magistratsvertragers geäußert, wurde der Zentrumsantrag zurückgezogen, dann aber der Antrag der Rechtsparteien mit 77 gegen 66 Stimmen abgelehnt. — Den Antrag unserer Genossen vom 5. Februar, der die Einstellung von 5 Millionen Goldmark in den Etat für 1924/25

### zur Förderung gemeinnützigen Wohnungsbaues

aus den Einnahmen der Grundsteuer und die Bereitstellung von 1 Million Goldmark noch im 1. Quartal 1924 für die sofortige Belegung der Baulücken verlor, überwies die Versammlung auf Antrag von Genossen Wildgans dem Haushaltsausschuß. Auf der Tagesordnung stand sodann ein Antrag der Kommunisten, worach der Magistrat dafür sorgen soll, daß aus städtischen Mitteln Mietzuschüsse an alle diejenigen gewährt werden,

die die neu erhöhte Wohnungsmiete nicht zahlen können, um sie vor Ermäßigung und Verschönerung zu schützen. — Ohne Begründung und ohne Debatte kam der Antrag zur Abstimmung und wurde für abgelehnt erklärt. Nachher machte Dörr (Komm.) geltend, daß der amtierende Vorsitzende Anton Schmidt sich nicht deutlich genug habe vernehmen lassen, daß im Saale gar nicht verstanden worden sei, worüber verhandelt und abgestimmt werden sollte. Der Vorsitzende Anton Schmidt ließ nunmehr darüber abstimmen, ob das Haus nochmals auf den Gegenstand zu kommen wolle, und als das abgelehnt worden war, ließ er trotz aller Bemühungen Dörrs, dem Genosse Heimann „aus Billigkeitgründen“ beizugeben, nicht bewegen, von seinem ablehnenden Standpunkt abzugeben. — Der Antrag der D. Sp. wegen Einrichtung einer wirksamen staatlichen Turnaufficht wurde nach kurzer Aussprache abgelehnt. — Von den Deutschnationalen war ferner beantragt, den Magistrat zu ersuchen,

### die Hallefänger-Aufsichtsdamen,

die sich im Dienste des Polizeipräsidiums bemäht haben, beim Uebergang dieses Zweiges der Jugendwohlfahrtspflege auf die Stadt gleichzeitig zu übernehmen.

Den Antrag begründete die streitbare Frau Kausler mit großer Begeisterung. — Stadtrat Hingewer erwiderte, daß die Stadtverwaltung, selbst im Abbau begriffen, beim besten Willen diese 35 Damen in städtischen Dienst zu nehmen nicht in der Lage sei. — Bogen den Antrag wendete sich auch die Genossin Weide. — Vor der Abstimmung wurde von rechts die Beschlußfähigkeit bezweifelt, und der Vorstand stellte die Berechtigung dieses Zweifels fest. Damit ergab sich nach 1/10 Uhr der Schluß der Sitzung.

## Berliner Theaterleben.

Alles ist schon einmal dagewesen. Seit mehreren Jahren fallen denen, die sich an wahrer Kunst erheben wollen, in Berliner Theatern aller Art die Neureichen und ähnliche Bonansen auf die Nerven. Sie bringen mehr Begeisterung auf für Raffierte Rippeser als für Schafepare und gehen ins Theater um zeigen zu können, welchen Reichtum sie auf den Weibern miterschleppen oder um recht kostige Joten zu hören. Viel Theaterleiter müssen diesen lastenfüllenden Infanterien Rechnung tragen und entgehen ihrer künstlerischen Ueberzeugung minderwertige Stücke auf den Spielplan setzen. Man erzählt aus dem Alt-Berliner Theaterleben gelegentlich noch immer die alten Kamellen von Ruiter Gräber's Wusentempel am Weinbergsweg oder vom Vogtländischen Opernhaus in der Gartenstraße, wo um die Mitte des vorigen Jahrhunderts das Publikum weder mit Spielte und nicht selten mit faulen Kesseln nach der Bühne warf. Bängig aber ist in Vergessenheit geraten, wie es noch 50 bis 70 Jahre früher bis zu den Befreiungskriegen ausah. Das muß ausweislich des zahlreich vorhandenen Quellenmaterials eine tolle Berliner Theaterzeit gewesen sein. Berlin hatte im Jahre 1800 nur etwa 150 000 Einwohner und ein ziemlich geringes geistiges Leben, was auch auf das Theater abfärbte. Ganz wie heute wollten weite Kreise sich im Theater plüsch amüsieren und nicht viel denken. Klassische Stücke, mit Ausnahme von „Tell“ und „Maria Stuart“, wurden abgelehnt, oft sogar ausgezittelt und ausgeklopft. Das Schloßen mit Knütteln auf die Bänke war das stärkste Zeichen des Mißfallens. Besetzte Kasseier gab es noch mehr als heute. Man genierte sich unter Umständen auch nicht, auf die Bühne zu klauern und unbeliebte Schauspieler persönlich anzugreifen. Anno dazumal hieß es eben an der Spree: „Wo ich mein Geld legahle, darf ich ungebunden lärmen.“ Kopebus Werke und die „Affändereien“ beherriichten jahrelang die Berliner Bühne, noch mehr Pöffen und Stangpöffe überherrschten, so des „Neufonniagsind“ mit einer ganzen Serie von Brügelien. Schnell branen ganz wie heute zweideutige Pöffenlieder auf die Straße. Alle Gassenjungen und Liebespaare sangen: „Wenn Bieschen nur wollt, wenn Bieschen nur möcht“. Selbst das Theater des Königs blieb vom Unfug nicht verschont. Hier tummelten sich besonders die Offiziere vom Regiment Genodarmes, im Volksmunde die „Handwerksburschen mit Epauletten“ genannt, und auf Abonnementsplätzen die aufgedomelten „Nichten“ der Madame Schwig, einer stadtbekannteren Puppemutter. Die Zeitungen sprachen vom „Pöbel der höheren Stände“, aber lange Zeit nützten alle Warnungen nichts. Im Jahre 1795 befohl der König, daß „Frevler und Störer der Ruhe im Theater arreliert und zur Unteruchung gezogen würden“. Tatsächlich wurden Offiziere in Arrest gefetzt und aus Berlin ausgewiesen. Die Freudenmacher mußten 1810 aus dem Theater verschwinden, das Ausklopfen mit Knütteln wurde 1811 mit Androhung von Gefäng-

(Kladderlutz durch Kall-Berlag, Berlin.)

## Der Bürger.

Von Leonhard Franl.

Die schenkeldicke Fontäne überholte unaufhörlich sich selbst. Das lange, postgelbe Automobil des Bankiers Wagner rollte vorüber. Die zwei Damen, in die Polster zurückgelehnt, machten eine Spazierfahrt durch den Duft. Eine dunkle Riesenfoult preßte Jürgens Herz zusammen, als er Elisabeth erkannte, die sich umwandte und prüfenden Blickes die beiden ansah. Sie war eben bei der Tante zu Besuch gewesen. „Das ist Elisabeth Wagner“, sagte Katharina. „Elisabeth war im Institut eines der klügsten Mädchen gewesen. . . Gestern wurde erzählt, das Bankhaus Wagner sehe vor dem Zusammenbruch. Ich habe es von den Genossen in der Hommeschen Papierfabrik erfahren. Der Betrieb würde im Falle eines Zusammenbruches geschlossen werden müssen. Elisabeths Bräutigam hat die Verlobung gelöst. Ein konsequenter Herr!“ Schwuppisch, dachte Jürgen. „Aber hast du das andere Mädchen gesehen. Sie ist wunderschön. Eine Jugendfreundin von mir. Der Garten ihrer Eltern steht an den Garten meiner Eltern. Von ihr kann ich dir eine traurige Geschichte erzählen. Die traurigste Geschichte, die ich kenne.“ „Rein, nein, nicht umkehren!“ bat Katharinas schöne Jugendfreundin und legte schuen Blickes ihre Hand auf Elisabeths Hand. Aber der Chauffeur hatte die Schleife schon genommen. Das Auto rollte sehr langsam auf die beiden zu. „Kennst du sie denn? Elisabeth hat dir zugenickt.“ „Wie? denn mir?“ sagte Jürgen. „Nun, und die traurige Geschichte von der anderen?“ Da wandte auch diese sich um und blickte, wie zurück in ihre Kindheit, geschloßener Katharina an, die erzählte: „Bis zu unserem siebzehnten Jahre waren wir immer zusammen, jeden Tag viele Stunden. Wir haben einander das Versprechen gegeben, uns ganz aufzuopfern, auch nie einem Manne anzugehören. Wir wollten die Welt erlösen. Um jeden Preis!“ „Das wollen sehr viele in ihrer Jugend.“ „Ja, und später lächeln sie darüber. . . Wenn sie nur über die Art, wie sie helfen oder die Welt ändern wollten,

lächeln würden, hätten sie ja ganz recht; aber sie lächeln, weil sie es überhaupt nicht wollten. Sie lächeln nicht nur über den Inhalt ihres Idealismus; sie lächeln über den Idealismus ihrer Jugend überhaupt.“ Und dann sagte Katharina, rätselhaft tief bewegt, den Satz vor sich hin: „Viele Menschen tragen als Kinder in den Augen ein Ideal, das erstrebt zu haben sie später lächeln macht; und doch wiegt vielleicht allein die Tatsache, daß sie dieses Ideal einmal wenigstens erstrebt hatten, schwerer als alle Ziele, die sie später tatsächlich erreichten.“ „Wie du das sagst! Es wird einem kalt. Wie du das sagst!“ „Dieses Mädchen. . . du machst dir keinen Begriff, welch leidensfähiges, mildes Herz sie hatte. Und jetzt — wie lebt sie! Sie ist mit dem Oberstaatsanwalt verlobt.“ „Ist das die Geschichte? Ist sie das?“ „Eigentlich ist das schon die ganze Geschichte.“ Und dann erzählte sie doch: Die Mutter ihrer Jugendfreundin, eine sehr gebildete, reiche Frau, habe ihre Tochter ganz bewußt zur Wohltätigkeit erzogen. Immer habe das Kind den Armen die Gaben reichen müssen. „Und da geschah es einmal — und dies ist die Geschichte —, daß das Kind von seiner Mutter in den Garten geschickt wurde, einer alten Wittgängerin ein abgetragenes Kleidungsstück zu bringen. Da bricht das Kind, wie es unter dem Blicke der Alten steht, vor Trauer und Scham, daß es geben und die Weißhaarige von ihm empfangen muß, in Schluchzen aus, läßt das Geschenk fallen, läuft weinend zurück, kann und kann nicht beruhigt werden, schluchzt sich in eine Krankheit hinein. . . Von dieser Zeit an hat es sich nie mehr zu solchen Wohltätigkeitshandlungen brauchen lassen. Denk an, da war sie sechs Jahre alt. Ihr Herz wußte schon alles. . . Und jetzt? Wie furchtbar, wie tragisch ist das Leben, daß selbst solch ein Wesen so erkrankt, solch ein Herz so verhärtet konnte.“ Eine ungeheure Erregung, die er mühsam zu unterdrücken versuchte, hielt Jürgens gepackt. Nur um etwas zu sagen, fragte er: „Und wenn ihr einander begegnet, grüßt ihr euch nicht?“ „Wie sollten wir! Jeder lebt auf einem anderen Planeten.“ Bebt auf einem anderen Planeten, flüsterte Jürgens innerlich. In weniger als einer Sekunde war der Saal mit dem Frackherrs-Jürgen aufgetaucht und wieder verschwunden gewesen.

Und plötzlich glaubte Jürgens, seine Schädeldecke hebe sich ab vor Brauen. Denn er wußte nicht, ob er selbst oder ob ein anderer in ihm gedacht, gefühlt und gesagt hatte: „Wie entsetzlich! Dann ist er unüberbrückbar auch von Katharina getrennt! . . . Wer hat das gedacht?“ fragte er. „Das habe nicht ich gedacht.“ „Es ist im Grunde die Geschichte aller in ihrer Jugend idealistisch gewesen Menschen“, hörte er Katharina sagen. „Du folgst keinen Wünschen- und Begierden gegen das bessere Wissen deines Herzens, betrügst dein Bewußtsein, dein Ich, indem du nach Besitz, Macht, Erfolg, Genuß und Achtung strebst, dann kann es geschehen, daß du viel erreichst oder auch zugrunde gehst, in bürgerlicher Schande oder in bürgerlichen Ehren erirritst, oder vielleicht in der Familienbequemlichkeit und einer mittleren Stellung untergehst. . .“ „Das nun sollte mir nicht passieren.“ . . . daß du Automobile, betretete Diener, eine Villa, verschönt durch edle Kunstwerke und Bücher, die du nicht nur hast, sondern auch verstehst, daß du Fabriken, Ruhm, Achtung, Frauen, einen Kassenkassant voll Aktien und Gewalt über Tausende von Menschen erobert.“ „Das will er, der Mensch, der Frackherr in mir.“ . . . aber in jedem Falle mußt du — und dies ist die Tragik des Menschen unseres Zeitalters — das Bewußtsein von der Wirklichkeit, wie sie sein könnte und wie sie ist, mußt du dein Bewußtsein, die Leidensfähigkeit und Güte deines Kindheitsherzens und damit dein Ich, deinen Idealismus verlieren, der in unserem Zeitalter nur in dem hingabebereiten Kampfe um den Sozialismus seinen Inhalt haben kann.“ Und das weiß mein Bewußtsein, dachte Jürgens. Und hatte plötzlich gesagt: „Dagegen kann ich nicht einmal etwas einwenden.“ Zuerst schwieg Katharina. Dann wick sie mit dem Oberkörper seitwärts, sah Jürgens betroffen an: „Weshalb solltest denn du dagegen etwas einwenden?“ Zum zweitenmal empfand Jürgens in seinem Herzen Zorn gegen Katharina und Schwieg. Erst auf dem Heimwege — die freistehende Mietkaserne kam schon in Sicht: „Die Tante hat gesagt, es hänge noch ein ganz guter Anzug von mir im Schrank.“ „Den solltest du dir holen, wenn sie ihn dir gibt. . . Ich habe damals, als ich wegging von zu Hause, fast nichts mitgenommen. Aber wenn ich die Sachen jetzt holen wollte, die würden mir nichts geben.“

(Fortsetzung folgt.)



# Wirtschaft

## Herunter mit den Preisen!

Leipzig, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Bild der Messe: Natürlich viel Menschen. Es ist eine sogenannte Reformmesse. Sichtbarer Ausdruck des Handels ist aber nicht die Zahl der Schaukäufe, sondern der Umsatz der Messe: das Drängen nach dem Abgang der Ware. Nachmittags wird in Leipzig die Messe von Schau- und Jahrmakelstimmung beherrscht. Die Messe ist im allgemeinen almodisch, düstern, kleinstädtisch, in schlechtem Sinne sparsam. Wenig Farbe, ohne Charakter und Stil. Das einzige, worin der Wille zum neuen Ausdruck erkennbar ist, sind die farbigen Pavillons auf dem Augustusplatz. Ältere Geschäftsleute klagen, daß in Leipzig zu sehr magistralisch-bureaucratisch, immer noch zu wenig kaufmännisch, feinnervig, psychologisch eingestellt, gearbeitet wird. Charakteristisch ist überdies, daß Leipzig während der Messe weniger Lichtreklame hat als Berlin am Mittag.

Die Organisation der Messe: Erkennbar sind zwar einige neue Absichten. Es fehlt aber leider immer noch der Leipziger Messe die große einheitliche Linie. Was würde England, ganz zu schweigen von Amerika, organisatorisch aus diesem sabelhaften Material machen, das die Leipziger Messe darstellt? Natürlich verstärken sich auch hier alle Schwächen aus dem Kapitalmangel, der überall merktbar ist. Über es herrscht auch noch zu viel Sparsamkeit an Ideen, die Belastung mit altem Jopf hört. Das zeigt ein Vergleich mit den neuen Messen in Frankfurt a. M. und Wien.

Das Entscheidende der Leipziger Messe bleibt, daß sie trotz ihrer Mängel der Gradmesser der deutschen Wirtschaft ist. Man muß bei der Beurteilung von der offiziellen Stimmung absehen, die leider auch vom Messenamt gepflegt wird. Spricht man mit den Interessenten, so ergibt sich, daß im Gegensatz zu jenen Meldungen bis heute im ganzen doch vorzüglich gekauft worden ist. So weit aber über Geschäfte gesprochen worden ist, sind die Verhandlungen seit der letzten Papiermesse zweifellos solider, edelbarer geworden. Die feste Währung zerstört nicht nur Illusionen, sondern auch den Geschäftsschwindel. Grundlegend bleibt: Wie steht es mit dem Absatz der Massenproduktion, die das Volk, die die Allgemeinheit braucht? Natürlich wird das Allernotwendigste, das Unentbehrlichste, das Minimum an Bedürfnissen des Konsums befriedigt. Dieses Geschäft geht unter allen Umständen. Es geht auch diesmal ganz flott. Die Provinz kauft in dieser Richtung. Das schafft aber noch keine Konjunktur. Diese wirkliche Konjunktur zeigt die Messe bisher noch nicht an. Es mag auch darin liegen, daß der Verkauf sich noch nicht wieder daran gewöhnt hat, daß er zuerst vom Inland zu leben hat. Der große Traum vom Export und von Devisen ist noch nicht ganz ausgeräumt. In einzelnen Branchen zwingt außerdem der Rohstoffeinkauf zum Devisenbrennen. Die Textilindustrie z. B. macht nach wie vor dem Zustande auf der Leipziger Messe günstigere Bedingungen als irgendeinem Inlandskäufer, weil sie meint, die einkommende Valuta für die Wiedereinkaufung mit Rohmaterial nicht entbehren zu können.

Dennoch: Das Ausland kauft auffallend wenig. Es deckt sich, wie man uns sagte, im Besonderen in Holland ein, das aus Frankreich stark beliefert wird. So, auch in England und Österreich ist der Einkauf für viele Waren billiger als bei uns in Deutschland; die bevorstehende Wiener Messe wird so eine besondere Bedeutung erlangen.

Auf der anderen Seite verkauft das Ausland in Leipzig häufig leichter als das Inland, die Konditionen, die Zahlungsbedingungen werden günstiger gestellt als bei uns. Ueber 30 Tage Ziel hinaus wird von deutschen Unternehmern kaum verkauft. Nur die Luxusindustrie soll längere Zahlungsfristen einräumen. Man spricht davon, daß die Textilindustrie bis zu sechs Monaten Ziel gegangen ist. Deutlicher dagegen verkauft ganz allgemein gern gegen Zwei- und F. Monatswechsel. Das kann sich die deutsche Fabrikation bei den hohen Bankzinsen, dem hohen Reichsbankdiskont nicht leisten.

Russland ist auf der Leipziger Messe als Verkäufer überhaupt nicht erschienen; es besichtigt die Wiener Messe. Man will wohl im Besonderen den südeuropäischen Markt kultivieren. Die Schweiz ist ja in starkem Ausmaß, ebenso wie Österreich, Zwischenhandelsgebiet geworden. Russland erscheint in Deutschland dafür zunehmend in stärkerem Maße auf den Spezialverkaufsplätzen und auf den Börsen mit seinen Rohprodukten. Demnach findet in Leipzig eine große russische Vorsteinauktion statt. Neben Kunstgewerbe hat Russland ja nur Rohprodukte abzugeben. Als Einkäufer ist Russland in Leipzig stark vertreten. Es sind etwa 60 Einkäufer der Sowjetregierung hier.

Die deutsche Industrie ist allgemein durch auslieferfähig. Unterhandlungen über Lieferfristen brauchen kaum stattzufinden. Aber die Käufer zögern dennoch, sie warten eben auf das Nachlassen der Preise.

Die Schwerindustrie, auch Maschinen, Braunkohlen usw. sind natürlich, ihrer Bedeutung entsprechend, groß vertreten. Die Industrie der Werkzeugmaschinen spricht von befriedigenden Abschlüssen. Das zeigt, daß der Produktionsprozess bei uns in der Umstellung begriffen ist. Bei uns waren jahrelang die Menschen so billig, daß sich die Anschaffung der Menschen sparenden Maschinen nicht lohnte. Interessant und wichtig ist die Einstellung der Messe zum Achtundentag. Es gibt natürlich Branchen, wo eine Arbeitszeitverlängerung einen Unternehmererfolg bedeutet. Die Spinnereien z. B., die feine Garne herstellen, können mit ihren derzeitigen Maschinen die Tourenzahl nicht steigern. Das trifft aber für die Massenherstellung, für arbeitsere Garne, nicht zu. Hier kann durch Tourensteigerung eine erhöhte Arbeitsleistung bei gleichbleibender Arbeitszeit erzielt werden. Das zeigt, daß das Problem der deutschen Industrie nach wie vor nicht in der Verlängerung der Arbeitszeit, sondern in der technischen Verwirklichung der Produktion liegt.

Die Leipziger Messe steht unter der großen Erwartung: Wann werden die Preise weiter sinken? Die Tendenz zum Nachlassen, die sich bisher erst in den Zahlungsbedingungen ausgemerkt hat, ist das wichtigste Kennzeichen der Messe. Auf der anderen Seite erkennen die Verkäufer an, daß die Einkommen der Massen zu niedrig sind, als daß sie die einfachsten Anschaffungen erlauben. Es ist zu hoffen, daß das Verschwinden des Auslandes das Verkaufsinteresse ebenfalls in die Bahnen des Inlandsmarktes drängt. So steht über der Leipziger Messe als Warnung und Mahnung in Klarschrift: Herunter mit den Preisen!

Rudi Heinig.

## Die Wirtschaftslage im Februar 1924.

Die Berichte der preussischen Handelskammern an den preussischen Handelsminister bestätigen den Eindruck einer wesentlichen Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage im letzten Monat. Wir entnehmen ihnen folgende Darlegungen:

Die Wirtschaft erhebt sich wieder langsam von dem Tiefstand, den sie am Ende des vergangenen Jahres erreichte. Im vergangenen Monat konnten die Grundindustrien ihre Produktion infolge vermehrter und verbesserter Arbeitsleistung steigern; die Arbeitslosigkeit nahm ab, und die Preise senkten sich noch ein wenig. Der Handel nahm zu, was besonders auf dem Textilgebiete hervortrat. Nur der Baumarkt und die Lokomotivindustrie lagen noch ganz daneben. Zum ersten Male lassen auch die Verhältnisse im besetzten Gebiet eine leichte Besserung, wenigstens in der Produktion, erkennen, während eine Rentabilität der Werte bei den Kosten der „Rhein“-Beiträge unmöglich erscheint.

Aus den Berichten über die einzelnen Gewerbegebiete ist hervorzuheben:

Im Ruhrbezirk haben die jüngsten Verhandlungen mit der „Rhein“-dem Bergbau noch keine Erleichterungen gebracht. Die zahlenmäßige Darstellung der Förderungsleistung ergibt folgendes Bild für die Zeit vom 1. bis 20. Februar:

	Gesamtrubgebiet		Besetztes Ruhrgebiet	
	Zusammen	Zo.	Zo.	Zo.
Rohle	4 711 150		4 280 823	
Kohle	805 718		702 135	
Preiskohle	115 449		108 937	
Arbeitsmäßig:				
Rohle	277 120		251 187	
Kohle	43 288		88 107	
Preiskohle	6 791		6 114	

In der Kaliindustrie besserte sich der Absatz trotz wesentlicher Herabsetzung der Preise nicht. Während in früheren Jahren die deutsche Landwirtschaft gerade im Februar ihren Hauptbedarf an Düngemitteln deckte, blieben die Bestellungen in diesem Jahre fast ganz aus. Erst am Schlusse des Monats trat infolge der Kreditaktion der Reichsbank, die den Landwirten die Möglichkeit gibt, die Düngemittel erst nach Einbringung der neuen Ernte zu bezahlen, eine leichte Besserung ein.

Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie zeigte einen kleinen Anstieg zur Besserung. In den Hüttenwerken hat die Wiederaufnahme der Arbeit weitere Fortschritte gemacht, doch ist der volle Betrieb noch nicht überall aufgenommen. Auch stieg die Herstellung von Walzwerkzeugnissen. Mit einer weiteren Zunahme der Beschäftigung kann gerechnet werden. Die Preise stehen unter dem Druck, der von Frankreich, Luxemburg und Belgien infolge der Frankentwertung ausgeht.

Auch die oberschlesische Eisenindustrie klagt über den belgisch-französischen Wettbewerb im Inlande.

Das Inlandgeschäft in der elektrotechnischen Industrie hat sich merklich gebessert, das Auslandsgeschäft ging etwas zurück.

## Die Lage im Einzelhandel

Ist gegenüber dem Vormonat etwas günstiger geworden; die Kaufkraft hat im allgemeinen zugenommen. Größere Käufe mühten vorläufig jedoch noch unterzuleiden. Die große Arbeitslosigkeit drückt auf das geschäftliche Leben noch zu sehr, als daß man den Geschäftsgang schon als günstig bezeichnen könnte.

Die Textilgeschäfte hatten mit ihren weißen Wochen und Saisonauverkäufen durchaus einen guten Erfolg, was wohl hauptsächlich mit darauf zurückzuführen ist, daß die Anschaffung von Kleidungsstücken usw. allmählich unaufrichtbar geworden war. Es wird schon vielfach wieder geborgt! Die Händler des Einzelhandels schwelen wieder an. Aber auch das Kreditbedürfnis der Einzelhändler ist infolge der ganzen Verhältnisse groß, und die Lieferanten müssen vielfach längeres Ziel bewilligen, um überhaupt verkaufen zu können. Ebenso müssen oft Preisnachlässe gewährt werden, wenn der Verkäufer auf sofortige Kasse angewiesen ist. Auch Kettensmarktwechsel, mit einer Laufzeit von 4 bis 6 Wochen, werden begeben und gern genommen, um es den Lieferanten überhaupt zu ermöglichen, ein freundschaftliches 30-Tage-Ziel zu geben, denn sonst nirgends langem die Betriebsmittel, dies aus eigenen Kräften zu tun. Es ist zu hoffen, daß der in den Nachkriegsjahren stark angeschwollene Kreis der Einzelhändler sich durch Ausschaltung der minderleistungsfähigen wieder auf den volkswirtschaftlich notwendigen Umfang verengern wird.

Im Baumwollwarengroßhandel war der Geschäftsgang während des ganzen Monats lebhaft und der Begehr nach fast sämtlichen Artikeln so stark, daß die Nachfrage nicht immer befriedigt werden konnte. Sowohl der Einzelhandel als auch die Konfektion zigten bedeutende Kaufkraft; die Umsätze wären viel größer gewesen, wenn nicht einige Hauptqualitäten seit mehreren Wochen an den Lagern fehlten. Die Beschäftigung der Leipziger Tuchindustrie hat sich im Februar weiter günstig entwickelt.

Ueber die Konfektion lauten die Berichte nicht ganz so günstig, immerhin liegen hier ziemlich reichliche Aufträge vor. Die Schuhindustrie ist befriedigend beschäftigt.

## Sie müssen klar sehen

um Ihren Beruf wirklich gut ausüben zu können, um Ihre Erholung voll zu genießen und um eine richtige klare Vorstellung von der Welt zu erhalten! Dazu müssen Sie gute Augen haben — oder gut passende Gläser tragen!

Wenn die Augen Ihnen irgendwelche Beschwerden verursachen, wenn Sie nicht nah und weit gleich gut sehen können, wenn Kopfschmerzen Sie häufig am Arbeiten hindern, wenn Sie am längeren Lesen kein Vergnügen mehr finden können, so lassen Sie uns versuchen, Ihnen zu helfen!

**Rosenlos** prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 1.50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Doppel-Anreifer, Gläser extra von 1 M. an, Punktort-Gläser 3 M. pro Paar, und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. solange alle Reparaturen umsonst! Selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornröhre, Schildpatt und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.

**Der heutige billige Preis für den Rubinke-Fingerring ohne Gläser:**

aus bestem Nickel	M. 0.75
aus Gold-Doppel	M. 1.10
Rathenower Bi-Gläser pro Paar	nur M. 1.—
Punktort-Gläser pro Paar	M. 3.—

## Optiker Rubinke, Berlin.

<p><b>Sollte Markt</b> Alexanderyplatz Ruhmstraße 35 Friedrichstraße 193a Leipziger Straße 113 Ullstraße 1 Schuhmacher Allee 81 Friedrichstraße 106</p>	<p><b>Oranienburger</b> Oranienstraße 104 Jannitschenstraße 117 Schubertstraße 72 Frankfurter Allee 14 Friedrichstraße 150 Gellert-Allee 4 Oranienstraße 44</p>	<p><b>Charlottenburg</b> Lauenburgerstraße 18 Jochimsdammstr. 2</p>	<p><b>Friedenau</b> Alte Straße 18 <b>Schöneberg</b> Gansstraße 21 <b>Wilmersdorf</b> Berliner Str. 132-133.</p>
---	---	---	--

# 38

## Virginia

No. 77

Wertbeständige  
Staats-Lotterie

Ziehung am 1. März 1924

## 19740000

Größter Gewinn im günstigsten Falle

# 1 Million

# 500 000

# 300 000

Original-Lose!

Ganze Halbe Viertel Anteile  
24 — 12 — 6 — 3 Centenmark  
zu haben bei

## Oscar Bräuer & Co. Nachf.

Berlin O 27, Andreastr. 46a

Marken-Zigaretten

Tabak-Zigaretten Garbay, Halpauk, Constantin, Karmir, Avramikoc, Morant, ebiab u Tagespr

## Arno Gebner,

vertrieb. 21, Leipziger Moabit 2114  
Präsidenten-Fabrik-Vertrieb

Haushaltseifen-Fabrik

Soda-reine harte Ware!

Johannes Dietz, Klosterstraße 44.

Schiffbauergasse, Dinslaken, Pöhlerring, Kollnsee, Pöhlerring, Kollnsee, Pöhlerring 12.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet

## Trauringe

1 Ring Duatengold von 9,00 Goldmk. an  
1 Ring 365-estemp. von 6,00 Goldmk. an  
1 Ring 333 gestemp. von 2,90 Goldmk. an  
Einfache Ringe 1,50 Goldmark

## Hermann Wiese, Juweller, Berlin N, Artilleriestr. 30

3 Minuten vom BfH Friedrichstraße, Untergrundbhf. Oranienbr. Tor  
Berlin W, Passauer Str. 12, Untergrundbhf. Wittenbergplatz  
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt  
Telegr.-Adr.: Trauringkonge Berlin — Versand nach auswärts  
Fabriksvergrößerung — Preisliste gratis



Die Provenienzen der REEMTSMA STANDARD CIGARETTE

sind Xanthi, Dubnitzka, Ligda, Suchum, Drama-Baschbagli

Die Auswertung des sehr glücklichen Mischungsrezeptes unserer „Standard“-Cigarette konnte durch große und relativ günstige Tabakeinkäufe im Orient für längere Zeit sichergestellt werden.

REEMTSMA AKTIENGESellschaft

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Gente, Mittwoch, den 5. März: Bezirks-Vertrauensmännerkonferenzen

- 1. Bezirk: Zum Bräutchen, Weißbrunn, Leubsdorf, 12.1. Cde. Oberwallauer Straße, nachmittags 4 Uhr.

Betriff: Legitimationsarten.

Erst vor einiger Zeit wurde auf die Funktionäre, daß in den zukünftigen Bezirkskonferenzen von ihrem Bezirksleiter die Legitimationsarten für 1924 auszuhandeln zu lassen, sind eine ganze Anzahl Karten noch nicht abgeholt.

Außerordentliche Vertrauensleutekonferenz

der Eisen-, Revolver- und Rundschleifer.

Wichtig! Bauarbeiter

Donnerstag, 6. März, abds. 6 Uhr, im Verbandslokal (Südenstr.)

Branchenversammlung

Die Kollegen der Firmen Spengler, Feandt und Blume sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Wichtig! Brüder

Donnerstag, 6. März, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25.

Branchenversammlung

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Wichtig! Radiobetriebe

Montag, den 10. März, abds. 7 Uhr, im Verbandslokal (Südenstr.)

Sitzung

für die Funktionäre der Radiobetriebe Groß-Berlins.

Die Octaverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater

Opernhaus: Don Giovanni

Opernhaus am Königsplatz

7 1/2 Uhr: Madame Butterfly

Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Die Fledermaus

Schiller-Theater

7 1/2 Uhr: Nora

Deutsch-Theater

7 1/2 Uhr: Dantons Tod

Kammerspiele

7 1/2 Uhr: Der Nebelich

Theater i. d. Königsgraben

10 Uhr: Sommer

Kammerspiele

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Komödienhaus

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Berliner Theater

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Theater am Kollndorferplatz

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Intimes Theater

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Metropol-Theater

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Neues Theat. a. Zoo

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Lilly Flohr

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Wallner-Theater

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Rose-Theater

7 1/2 Uhr: Die Nacht der Tanten

Kammer-Sper

Täglich 7 1/2 Uhr: Kammer-Sper

Täglich wechselnder Spielplan!

Neues Operetten-Th.

Täglich 7 1/2 Uhr: Neues Operetten-Th.

Die Guido Thielscher

verlegte Nacht

Schwan 1. 3 mit Franz Arnold u. Ernst Bach

Lise Bäck - Claire Kommer - Sissi Molawa

Camilla Spira - Tomy Fetzlaff - Helene Marlow

Lea Finkler - Berthold Selig.

Thalia-Theater

Feinspr. Mpt. 4440, 2718

Dresdener Str. 72/73, Untergrund

insbrücke (Ausz. Neue Kostr.)

Täglich 7 1/2 Uhr

„Frasquita“

Operette von Franz Lehár

Kammersänger Hermann Jandolfer

Rudapest, Staatsop. Martha Serak

Vorverk. ab 10 Uhr ununterbr.

Neu renoviert!

Ettablissement

Café Zielka

Prinzen-Allee 66, Ecke Leipziger Straße

7 1/2 Uhr: Heute pünktlich 7 3/4

Das neue große Programm mit

Varicé-Kabarett

7 1/2 Uhr: Heute pünktlich 7 3/4

Das neue große Programm mit

Paul Beckers

nach langen Jahren wieder in Berlin

als Fliegentütten - Heinrich

und im Duett mit

Fr. Sylvaré.

2 Vorstellungen 2

nach 3 Uhr und abends 7 1/2 Uhr

bei unverkürztem Riesen-Programm

42 Attraktionen mit

Elefanten, Löwen, Eisbären, Braunbären

usw.

Groß Raubtierschau

den ganzen Tag geöffnet!

Walhalla

Theater Weimbergsweg

15 Weltattraktionen

Täglich 8 Uhr ein ausgezeichnetes VARIÉTÉ-Programm!

Größe Volksoper im Theater des Westens, Täglich 7 1/2 Uhr: Samson u. Dalila

Reichshallen-Theater, Täglich 7 1/2 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr: Stettiner Sänger

S.U. Theater S.U. Folies Caprice, Rund um d. Wedding

Musikinstrumente, Klavier, Pianino, Harmonium

Zum Ausschneiden! RESIDENZ-THEATER, Täglich 8 Uhr: Androklos und der Löwe

Theater am Kottbusser Tor, Bin. Kottbus. Str. 6, Tägl. 7 1/2 u. Sonntag nachm. 3 Uhr

Fahrräder, Fahrrad 20.-, Kussow, Freiläufer

Verkäufe, Steppdecken von 13.50 an, Endler, Steppdeckenfabrik

Sohelegantes Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer

Unterricht, Robelänge, Anfängerkurse beenden

Bekleidungsstücke, Wäsche usw., Dauerwäsche, Reparaturen

Wichtig! für Jedermann, Täglich werden verkauft: Kleider, Kleider

Gelehrter, Gebt durch Planer, Große Frankfurter

Thalia-Theater, Feinspr. Mpt. 4440, 2718

Arbeitsmarkt, Kleider, Kleider, Kleider

Stellenangebote, Kleider, Kleider, Kleider

„Frasquita“, Operette von Franz Lehár

Schwachstrom-Monteur, nur selbständige, für Z.B. und

Arbeitsmarkt, Kleider, Kleider, Kleider

Ettablissement Café Zielka, Prinzen-Allee 66

Schwachstrom-Monteur, nur selbständige, für Z.B. und

Arbeitsmarkt, Kleider, Kleider, Kleider

Paul Beckers, nach langen Jahren wieder in Berlin

Schwachstrom-Monteur, nur selbständige, für Z.B. und

Arbeitsmarkt, Kleider, Kleider, Kleider

Willy Prager, Berlins schlagfertigster und geistreichster

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen

Arbeitsmarkt, Kleider, Kleider, Kleider

Neus Welt, A. SCHOLZ Hasenheide 108-114

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen

Arbeitsmarkt, Kleider, Kleider, Kleider